

46. Sitzung

am Donnerstag, dem 25. Oktober 2001

Inhalt

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes

Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2001
(Drucksache 15/857)

- 1. Lesung
- 2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 23. Oktober 2001

(Drucksache 15/863)

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 24. Oktober 2001

(Drucksache 15/866)

Abg. Kleen (SPD)	3409
Abg. Herderhorst (CDU)	3411
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	3412
Abg. Tittmann (DVU)	3414
Abg. Herderhorst (CDU)	3416
Senator Dr. Böse	3417
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	3420
Abstimmung	3420

Reparaturarbeiten an der A 27 zwischen den Anschlussstellen Burglesum und Freihäfen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. September 2001
(Drucksache 15/813)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 2. Oktober 2001

(Drucksache 15/848)

Abg. Pflugradt (CDU)	3421
Abg. Jägers (SPD)	3423
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .	3425

Senatorin Wischer	3426
Abg. Pflugradt (CDU)	3428

Erziehungshilfen für Familien

Mitteilung des Senats vom 18. September 2001
(Drucksache 15/825)

Abg. Frau Striezel (CDU)	3429
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	3431
Abg. Pietrzok (SPD)	3433
Senatorin Adolf	3433

Mehr Prävention und Hilfe bei Schulverweigerung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. September 2000
(Drucksache 15/454)

Schulvermeidung

Mitteilung des Senats vom 18. September 2001
(Drucksache 15/826)

Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	3435
Abg. Rohmeyer (CDU)	3437
Abg. Frau Jansen (SPD)	3439
Senator Lemke	3440
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	3443

Keine Wiederbesetzung der hauptamtlichen Stadtratsstelle in Bremerhaven!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 8. Oktober 2001
(Drucksache 15/850)

Abg. Tittmann (DVU)	3444
Abstimmung	3445

Terrorismus und Kriegsverbrechen abwenden!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 8. Oktober 2001
(Drucksache 15/851)

Abg. Tittmann (DVU) 3445
Abg. Teiser (CDU) 3447
Abg. Tittmann (DVU) 3448
Abstimmung 3448

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Hoyer, Jäger, Kurpiers, Frau Markus,
Frau Mull, Neumeyer, Frau Windler, Frau Ziegert.

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Hannken

Schriftführerin Marken

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Adolf** (SPD)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Böse** (CDU)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich darf die 46. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) eröffnen.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Meine Damen und Herren, auf der Besuchertribüne begrüße ich ganz herzlich – ich hoffe, dass sie schon anwesend sind – zwei Klassen des Schulzentrums an der Grenzstraße, auszubildende Bankangestellte und Versicherungsfachangestellte und Studenten der Hochschule Bremen.

Wenn Sie schon da sind, herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes

Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2001

(Drucksache 15/857)

1. Lesung

2. Lesung

(B) D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 23. Oktober 2001

(Drucksache 15/863)

u n d

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

vom 24. Oktober 2001

(Drucksache 15/866)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Böse.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Gemäß Paragraph 34 Absatz 1 der Geschäftsordnung findet in der ersten Lesung zunächst eine allgemeine Besprechung statt, ihr folgt in der Regel die Einzelberatung. Ich schlage Ihnen jedoch vor, dass wir den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU und den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit in die allgemeine Aussprache einbeziehen.

Ich höre von Ihrer Seite keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, die allgemeine Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Kleen. (C)

Abg. **Kleen** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute liegen uns zwei Änderungsanträge zum Polizeigesetz vor, die erkennbar überhaupt nichts miteinander zu tun haben, die Einführung der sogenannten Rasterfahndung und das Wegweisungsrecht bei häuslicher Gewalt. Der einzige Berührungspunkt der beiden Regelungen ist die Zeit. In einem Fall können, in dem anderen Fall wollen wir nicht länger warten.

Meine Damen und Herren, nach den schrecklichen Ereignissen vom 11. September 2001 in New York und Washington sind viele Fragen an die Leistungsfähigkeit der materiellen und rechtlichen Instrumente zur Gewährleistung der inneren Sicherheit aufgeworfen worden. Im September hat die Bürgerschaft deshalb als eine erste Reaktion den Bereichen Inneres und Justiz notwendige Beschaffungen ermöglicht, um dem internationalen Terrorismus wirksamer begegnen zu können.

Im gesamten Bundesgebiet hat als eine erste polizeiliche Maßnahme zur Enttarnung von Mitgliedern terroristischer Organisationen eine vom Bundesminister des Innern und den Landesministern und -senatoren verabredete Rasterfahndung begonnen. Ob sie erfolgreich sein wird, können wir naturgemäß jetzt überhaupt noch nicht sagen.

In Bremen mussten wir feststellen, dass wir mit unserer im September in Kraft getretenen Novellierung des Polizeigesetzes die rechtliche Grundlage der Rasterfahndung aus überaus vernünftigen Gründen so weit eingeschränkt haben, dass Bremen sich ohne die heutige Gesetzesänderung nicht an der bundesweiten Maßnahme beteiligen könnte. Diese Auswirkung wollen wir vermeiden, deshalb heute die nach meiner Auffassung sehr behutsame Änderung des gerade in Kraft getretenen Polizeigesetzes. (D)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen alle diejenigen sehr ernst nehmen, die vom Hörensagen oder aus eigener Erfahrung die Erinnerung an das schlimme gesellschaftspolitische Klima in den siebziger Jahren mit der Bekämpfung des RAF-Terrorismus plagt. Viele von ihnen tun sich mit der Rasterfahndung sehr schwer, das ist zu respektieren. Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass wir die Rasterfahndung 18 Jahre lang im Bremischen Polizeigesetz hatten, ohne dass es zu Missbrauchsfällen oder zu falschen Anwendungen gekommen ist.

Außerdem sind die rechtsstaatlichen Sicherungen im neuen Gesetz ungleich besser als im bisherigen. Die Rasterfahndung darf mit hohen materiellen An-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) forderungen von der Polizei nur angeordnet werden, wenn der Senator für Inneres zustimmt. Damit wird besonders deutlich, dass der Senator die volle politische Verantwortung übernimmt. Mit der Zustimmung durch den Senator wird unverzüglich der Landesbeauftragte für den Datenschutz eingeschaltet. Polizei und Senator haben sich ebenfalls der Kontrolle durch den parlamentarischen Polizeiausschuss nach Paragraph 36 des Polizeigesetzes zu stellen. Dadurch ist auch nach meiner Auffassung eine präventive Wirkung zu erwarten. Wer schon bei Anordnung dieser Maßnahme weiß, dass er alles vor einem Parlamentsausschuss zu verantworten hat, wird sich noch einmal sehr gewissenhaft prüfen.

Nun wird unter anderem von Datenschützern aus unserem Parlamentsausschuss und vom Landesbeauftragten gefordert, mit dem Richtervorbehalt einen weiteren Schutz schon zu Beginn der Maßnahme in das Gesetz aufzunehmen. Dagegen sind gewichtige Einwände erhoben worden, ich will den aus meiner Sicht durchgreifenden beschreiben. Die größte Sorge, die sich mit der Rasterfahndung verbindet, ist nicht die unsachgemäße Durchführung durch die Polizei. Sorgen machen sich sehr viele, dass das gewählte Netz zu großmaschig sein könnte, dass der Filter, durch den alle Daten gehen, zu große Poren hat, dass also die Kriterien des Rasters die falschen sein könnten und zu viele Unbeteiligte ausgeworfen werden, die Betroffene weiterer polizeilicher Maßnahmen werden könnten.

(B) Gerade dieses Raster aber liegt dem Richter beim so genannten Richtervorbehalt zur Genehmigung vor. Der dafür politisch verantwortliche Senator kann sich im Ausschuss immer auf das Urteil der unabhängigen dritten Gewalt berufen und sich so möglicherweise der Verantwortung entziehen. Deshalb plädiere ich dafür, auf den Richtervorbehalt zu verzichten, um die parlamentarische Kontrolle nicht zu verkürzen!

Eine weitere Anregung des Landesbeauftragten für den Datenschutz haben die Koalitionsfraktionen dagegen aufgegriffen. Auch bei der Rasterfahndung soll das Zweckbindungsgebot aus Paragraph 36 b Absatz 6 des Polizeigesetzes gelten.

Meine Damen und Herren, als zweite wesentliche Änderung des Polizeigesetzes schlagen Ihnen die Koalitionsfraktionen vor, das Wegweisungsrecht und Rückkehrverbot bei häuslicher Gewalt in das Polizeigesetz aufzunehmen. Wir haben darüber in den früheren Lesungen des Polizeigesetzes bereits intensiv und ausführlich gesprochen. Vor dem Hintergrund, dass nach einer UNO-Studie jede dritte Frau in Deutschland Gewalterfahrungen hat, ist eine gesetzgeberische Antwort auf gesellschaftliche Zustände, die für viele Frauen und auch für viele ihrer Kinder unerträglich ist, unerlässlich.

Der Bund hat die Antwort mit dem Gewaltschutzgesetz gegeben oder, wie es richtig heißen muss,

mit dem Gesetz zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehe- wohnung bei Trennung. Dieses Gesetz hat am Donnerstag der vorigen Woche den Rechtsausschuss des Bundestages passiert. Die Annahme im Plenum in der ersten Novemberwoche ist nur noch ein formaler Akt. Deshalb können wir heute der Polizei das gefahrenabwehrende Instrumentarium an die Hand geben, um das neue Recht zugunsten und zum Schutz geschlagener Frauen und Kinder auch durchsetzen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Das neue Recht als Paragraph 14 a des Polizeigesetzes verwendet geschlechtsneutrale Formulierungen, auch wenn wir wissen, dass zum überaus überwiegenden Teil Frauen die Opfer und Männer die Täter sind. Absatz 1 ermöglicht der Polizei punktgenaue Regelungen, damit Täter aus ihren Rechten aus Artikel 14 oder Artikel 12 des Grundgesetzes keine Möglichkeit haben, Rechte gegen die Wegweisung herleiten zu können. Das Gesetz knüpft nicht an eheliche Bindungen an, geschützt werden können neben ehelichen oder nichtehelichen, gleich- oder verschiedengeschlechtlich orientierten Lebenspartnerschaften auch Lebensgemeinschaften innerhalb familiärer Bindungen. Schutz gibt es auch für Mitglieder von Wohngemeinschaften, wie wir sie heute gerade auch bei älteren Menschen zur Sicherung der Versorgung des gemeinsamen Haushaltes vorfinden.

Mit den Absätzen 2 und 3 erwarten wir praktische Lösungen für viele Fälle, die Frauen immer noch ängstigen. Der Täter soll das Recht haben, dringend benötigte Gegenstände des persönlichen Bedarfs mitzunehmen. Er soll eben nicht nach einigen Stunden vor der Tür stehen, um noch einige Sachen abzuholen, und das Drama fängt von vorn an.

Die Polizei soll sich unverzüglich eine Anschrift des Täters geben lassen, nicht nur, damit das Gericht weiß, wo es den Mann findet, sondern damit er eben nicht am nächsten Tag vor der Tür steht und nach seiner Post fragt. Die Polizei soll die Maßnahme zunächst für zehn Tage anordnen können, zehn weitere Tage sind möglich, wenn sich das Opfer an das Gericht wendet. Wir wollen auch, das beinhaltet der Antrag zu Paragraph 15 des Polizeigesetzes, dass die Wegweisung oder das Rückkehrverbot mit einer Gewahrsamnahme durchgesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, mit der neuen Norm, die von Frauen, insbesondere auch den Frauen unserer Fraktion, schon sehr lange gefordert wurde, ändert sich die Welt für geschlagene Frauen vielleicht nur ein bisschen, vielleicht aber gerade das bisschen entscheidend. Das Wegweisungsrecht, darauf habe ich bereits einmal an dieser Stelle hingewiesen, ist nur ein kleiner Schritt auf dem Weg zu

(C)

(D)

- (A) mehr Gerechtigkeit, gerade mit einem polizeilichen Instrument kann dieser Weg nicht abgeschlossen werden. Die Polizei kann helfen, den Frauen Luft zu verschaffen. Strukturen, in denen Männer sich als die unumschränkten Besitzer ihrer Frauen und Töchter fühlen dürfen, kann die Polizei allein nicht verändern. – Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aufgrund unserer Debatte über den Antrag „Internationalem Terrorismus konsequent und angemessen begegnen“ ist, glaube ich, deutlich geworden, dass in diesem Haus tiefe Betroffenheit über die Vorgänge vom 11. September 2001 herrscht. Genauso ist aber auch der Wille entstanden, gegen den Terror vorzugehen. Deshalb haben wir mit dem Antrag auch beschlossen, der Senat möge darstellen, welche zusätzlichen Mittel und Rechte den Sicherheitsbehörden eingeräumt werden müssen. Ein erstes Ergebnis dieses Auftrags liegt uns nun in Form des Änderungsantrags zum Bremischen Polizeigesetz, der Regelung zur so genannten Rasterfahndung, vor.

- (B) Meine Damen und Herren, wie ernst die Situation ist, muss nicht weiter betont werden. Das uns umgebende Niedersachsen regelte ebenfalls die Rasterfahndung in seinem Gefahrenabwehrgesetz als Reaktion auf die Terroranschläge in den USA. Von daher, glaube ich, ist es auch kein Überreagieren, wenn der Senat uns die Einführung des Paragraphen 36 i, Datenabgleich mit anderen Dateien, sprich Rasterfahndung, vorschlägt. Es handelt sich hier um ein Fahndungsinstrument über Datenabgleich bei öffentlichen wie nichtöffentlichen Stellen. Analog der Strafverfolgungsregelung für die Rasterfahndung in der Strafprozessordnung ist dies eine präventivpolizeiliche Maßnahme, die im Polizeigesetz zu regeln ist.

Von daher, denke ich, ist auch deutlich, dass die Bedenken, die hier und da aufgekommen sind, die Rasterfahndung könne in der Umsetzung zu weit gehen, zurückzustellen sind, denn die Strafprozessordnung hat erwiesen, dass mit der Rasterfahndung so umgegangen wird, wie es nach rechtsstaatlichen Prinzipien sein muss. Hamburg hat, darauf darf ich hinweisen, die Rasterfahndung am häufigsten praktiziert, und zwar mit Erfolg.

(Abg. **D r . K u h n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wieso?)

Dabei, und das wäre unter Umständen auch für Bremen überlegenswert, hat man eine Richtlinie von Po-

*) Vom Redner nicht überprüft.

- izei und Justiz erarbeitet, die die Durchführung der Rasterfahndung regelt. (C)

Meine Damen und Herren, der vorgelegte Entwurf ist entscheidungsreif. Auch im Hinblick auf bundesweite gefahrenabwehrende Abgleiche muss das Bremische Polizeigesetz an dieser Stelle nachgebessert werden. Die Deputation für Inneres hat der beabsichtigten Änderung des Polizeigesetzes bereits zugestimmt. Auch in Anerkennung der datenschutzrechtlichen Hinweise hat sich die Deputation für den vorgelegten Entwurf entschieden. Deshalb bitte ich Sie, der Änderung des Polizeigesetzes, wie durch die Mitteilung des Senats vorgelegt, zuzustimmen.

Der Bremer Entwurf orientiert sich im Übrigen an dem niedersächsischen Entwurf, der ausdrücklich auch keinen Richtervorbehalt vorsieht. Ich glaube auch, die eingebauten Kontrollen über Anordnungsbefugnis und parlamentarische Kontrollen stellen sicher, dass die Rahmen der Rasterfahndung streng eingehalten werden. Meine Damen und Herren, wir machen hiermit einen weiteren Schritt zur Optimierung der gezielten Gefahrenabwehr und Erleichterung der polizeilichen Fahndungsarbeit.

An dieser Stelle gestatten Sie mir, wie auch in den bisherigen Polizeigesetzdebatten darauf hinzuweisen, dass wir gerade auch angesichts der terroristischen Gefahren noch eine Vakanz im Polizeigesetz aufweisen. Das ist die ereignis- und verdachtsunabhängige Kontrolle zur Verhütung von Straftaten von erheblicher Bedeutung wie zum Beispiel der organisierten Kriminalität oder mit internationalem Bezug. Diese so genannte Schleierfahndung, die sich bereits im Kampf gegen deutsche Terroristen wie Baader, Meinhof und Co. bewährt hat, wäre neben der BGS-Befugnis auf Bahnhöfen und auf Flughäfen, also in deren Zuständigkeitsbereich auch für die Bremer Polizei, besonders auch für die Wasserschutzpolizei im Hafenbereich Bremerhavens und so weiter, von Bedeutung. (D)

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, dass wir im Laufe der Zeit auch hier erkennen, dass ein Nachregelungsbedarf besteht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun zu dem zweiten Schwerpunkt unserer Änderung des Bremischen Polizeigesetzes kommen, Gefahrenabwehr bei häuslicher Gewalt, einem Thema, das uns auch schon geraume Zeit im Zusammenhang mit dem Polizeigesetz begleitet! Insbesondere die frauenpolitischen Vertreterinnen hier im Parlament haben ja sehr für diese Änderung gefochten, denn häusliche Gewalt ist ein Thema, das leider immer bedeutender wird, sie ist weiter verbreitet, als gemeinhin wahrgenommen wird. Die Dunkelziffer ist immens hoch.

Die Koalition legt nun heute diesen Antrag vor, nachdem der Bund die Entscheidungsphase für bun-

(A) desgesetzliche Regelungen eingeläutet hat. Damit waren wir auch in der Lage, Unklarheiten, die bestanden, aus dem Weg zu räumen und die Formulierung für die polizeigesetzliche Regelung abschließend vorzunehmen.

Der neue Paragraph 14 a mit der Überschrift „Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz vor häuslicher Gewalt“ enthält die Regelungen, die Polizeibeamte benötigen, um auf diesem sensiblen Feld gefahrenabwehrender Maßnahmen sach- und situationsgerecht einschreiten zu können. Allerdings, das muss ausdrücklich festgestellt werden, müssen andere weitere Maßnahmen mit den polizeilichen Maßnahmen einhergehen beziehungsweise sich anschließen, gemeint ist die fürsorgliche soziale Betreuung der Opfer.

Dennoch, die Polizei hat mit dieser Bestimmung die Möglichkeit bei Gewaltdelikten im sozialen Nahraum, den Tätern die rote Karte in Form eines polizeilichen Platzverweises aus der Wohnung zu zeigen. Die Gewalttäter müssen getroffen werden. Die Opfer müssen nicht mehr in Frauenhäuser oder andere Einrichtungen flüchten müssen. Worauf es wesentlich ankommt, meine Damen und Herren, ist die dauerhafte Konfliktlösung. Ich glaube, mit dieser Bestimmung haben wir den Einstieg, diese dauerhaften Konfliktlösungen auch zu erreichen.

(B) Die Polizei kann in Fällen häuslicher Gewalt für die akute Krisenintervention sorgen, gleichzeitig müssen aber Beratungs- und Hilfsangebote für Opfer sichergestellt werden, die die Opfer nach polizeilichem Einschreiten betreuen. Ich gehe auch davon aus, dass die auf Bundesebene zu treffenden Verbesserungen zivilrechtlicher Anordnungen zur längeren Verbannung von Tätern aus der Wohnung getroffen werden, als eben nur diese zehn Tage nach dem Bremischen Polizeigesetz.

Meine Damen und Herren, abschließend stelle ich fest, dass wir auch mit dieser Gesetzesänderung einen großen Schritt nach vorn machen, um präventivpolizeiliche Arbeit zu verbessern. Allerdings sind alle beteiligten Ressorts aufgerufen, ihren Teil dazu beizutragen, die häusliche Gewalt so zu bekämpfen und die Opfer zu begleiten, dass diese nicht allein gelassen werden und Täter entsprechende Sanktionen erfahren.

Der Ordnung halber füge ich erneut hinzu, dass wir den Gesetzentwurf des Senats und unseren Änderungsantrag annehmen wollen und den Antrag der Grünen ablehnen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau S t a h -
m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Schade!)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie meine Vorredner schon sagten, geht es heute um zwei ganz verschiedene Dinge, nämlich um die Wiedereinführung der Rasterfahndung und um das Wegweisungsrecht gegen gewalttätige Ehemänner und Partner. Zuerst, weil es sehr viel einfacher und klarer ist, zum Wegweisungsrecht, also zu Ihrem Änderungsantrag, den Sie eben hier vorgestellt haben!

Wir haben dies seit vielen Jahren gefordert. Wir begrüßen deshalb, dass Sie nun endlich auch so weit sind, dies in das Bremische Polizeigesetz aufzunehmen. Sie wissen ganz genau, dass wir sehr viele Regelungen kritisiert haben, die hier nur in symbolischer Weise das Sicherheitsgefühl der Menschen ansprechen, dass aber in einem Fall, den wir täglich in unseren beiden Städten Bremen und Bremerhaven leider zu verzeichnen haben, nämlich der Gewalt gegen Partnerinnen, gegen Frauen, gegen Kinder im häuslichen Raum, bisher nur sehr unzureichend vorgegangen worden ist. Nun endlich, und Sie selbst haben unseren gleichlautenden Antrag hier an dieser Stelle abgelehnt, sind Sie auch so weit, dass wir dies hier durchsetzen können. Wir stimmen dem zu und begrüßen das sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist allerdings, wenn man gestern noch einmal an die Debatte um das Meldegesetz denkt, in der Sie Ihren eigenen Antrag im Nachhinein in das Gegenteil verkehrt haben, auch in diesem Fall sehr unverständlich, wie Sie mit der Form des Polizeigesetzes umgehen. In einem Monat lehnen Sie etwas ab, dem Sie im anderen Monat zustimmen, im einen Monat bringen Sie etwas ein, das Sie im anderen Monat wieder in sein Gegenteil ändern. Ich glaube, die innenpolitischen Abstimmungsverfahren finden in dieser Koalition auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner statt, und Sie wackeln, je nach welt-politischer Stimmungslage, hier alle vier Wochen hin und her, und das ist kein gutes Bild, das Sie in diesem Punkt abgeben, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun aber zur Rasterfahndung und dazu, worum es hier geht! Wir hatten das Instrument seit 1983 im Bremischen Polizeigesetz, das ist richtig, und es ist auch richtig, und ich will nicht versäumen, das hier auch zu sagen, dass auch während grüner Regierungsbeteiligung und alle die Jahre dies nicht problematisiert worden ist. Deswegen werde ich mich hier heute auch nicht hinstellen und sagen, dass das nun etwas ist, was absolut unmöglich, absolut des Teufels und eine fundamentale Bedrohung bürgerlicher Freiheiten ist. Dies wäre nicht glaubwürdig, -----

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) und Sie wissen, dass wir als grüne Fraktion gerade auf den Punkten Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit im Gesetzgebungsverfahren großen Wert legen.

Dennoch muss man sagen, dass es sich hier, und jetzt kommen wir zur Sache, um einen schweren Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht aller Bürgerinnen und Bürger handelt und dass deswegen die Kontrolle und Begrenzung einer solchen weitreichenden Maßnahme ganz oben ansteht, übrigens auch im Einklang mit der Stellungnahme des Bremer Datenschutzbeauftragten, die im Wesentlichen mit unserem Änderungsantrag identisch ist.

Bei Ihnen, und jetzt kommen wir zum ersten konkreten Punkt, warum Kontrolle und Begrenzung einer solchen Maßnahme so wichtig sind, funktioniert das, wenn es heute verabschiedet werden sollte, im Lande Bremen so: Der Polizeipräsident stellt bei seinem Vorgesetzten, dem Innensenator, einen Antrag, den der Innensenator genehmigt und der im Nachhinein von einem Parlamentsausschuss, der die Mehrheit, die diesen Innensenator trägt, natürlich auch abbildet, kontrolliert werden soll.

Mit einem Fremdwort würde man sagen, das ist ein selbstreferenzielles System, wenn man es etwas einfacher ausdrücken würde, würde man sagen, es gibt im Grunde genommen nur einen politischen Willen, der dies von der Antragstellung über die Genehmigung bis hin zur Kontrolle begleitet. Eine externe Kontrolle ist nicht vorgesehen, und das ist bei einem so weitreichenden Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht schlichtweg unmöglich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unsere Alternative, die wir im Änderungsantrag einbringen, ist der Richtervorbehalt, es wurde schon angesprochen. Nun sucht sich jeder die Bundesländer aus, die er gern hätte. Sie sagen, Niedersachsen hat das ohne Richtervorbehalt, Schleswig-Holstein hat es mit gemacht und andere auch. Ich glaube, das können wir uns schenken. Es ist auf jeden Fall klar, dass dieser Richtervorbehalt in Ihrem Verfahren die einzige Möglichkeit wäre, einen nicht von dieser politischen Mehrheit, die dieses Ganze von Anfang bis zum Ende durchzieht, getragenen Willen und eine neutrale Begutachtung hier in das Verfahren einzubringen. Im Übrigen ist es meines Erachtens überhaupt nicht nachvollziehbar, was der Kollege Kleen sagte, dass es die parlamentarische Kontrolle verhindern würde.

(Abg. K l e e n [SPD]: Ich habe nicht gesagt verhindern, sondern verkürzt!)

Verkürzt sie auch nicht! Auch das ist überhaupt nicht nachvollziehbar! Wir haben bei anderen Maßnahmen, wie zum Beispiel bei Abhörmaßnahmen und ähnlichen, auch einen parlamentarischen Kon-

trollausschuss, und wir haben natürlich auch die Voraussetzung, dass das vom Richter vorher angeordnet werden muss,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

insofern habe ich das schlichtweg nicht verstanden.

Ich weiß auch gar nicht, wovor Sie Angst haben. Haben Sie kein Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit Ihrer eigenen Maßnahmen, dass Sie es nicht einem Richter vorlegen wollen, damit dieser die Anordnung trifft?

Kommen wir zu einem anderen Punkt! Praktiker sehen das Instrument der Rasterfahndung, glaube ich, etwas realistischer als Sie. Sie halten es auch nicht für ein Wundermittel. Wenn Sie Hamburg angesprochen haben, Herr Herderhorst, dann weiß ich nicht, woher Sie einmal wieder, als Islam- und Hotelpolizist haben wir Sie ja gestern thematisiert, Ihre Informationen haben. Sie können heute in der Zeitung nachlesen, dass in den siebziger und achtziger Jahren dieses Instrument in Hamburg angewendet worden ist und dass die offizielle Stellungnahme ist, dass keine einzige verwertbare Spur zu irgendjemandem im Rahmen der Fahndung nach RAF-Terroristen in Hamburg tatsächlich gefunden worden ist.

(Abg. H e r d e r h o r s t [CDU]: Das haben Sie wahrscheinlich in der „taz“ gelesen! – Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, in der „Welt“!)

Das ist die Realität!

Wir haben gestern auch über etwas gesprochen, was man noch einmal erwähnen muss! Praktiker sehen auch ein weiteres Problem in der Tatsache, dass die Datenmenge, die Sie durch solche Maßnahmen anhäufen, immer größer wird, und das ist natürlich eine ganz andere Sache bei einer vollständigen elektronischen Erfassung von Daten heute als in den siebziger und achtziger Jahren. Wir haben gestern darüber gesprochen, dass das System Inpolneu nicht funktioniert. Der Senator hat selbst gesagt, es sind ungeheure Datenmengen, die von diesem System bewältigt werden müssen. Das ist nicht nur ein technisches Problem, sondern auch ein Problem, welche Konsequenzen man dann aus solchen Erkenntnissen ziehen kann. Es ist auch ein Problem, wenn Sie mit sehr groben Rastern ungeheure Datenmengen anhäufen, ohne dass irgendjemand noch in der Lage ist, das am Ende zu sinnvollen Ergebnissen wirklich zu verwerten, auch darauf haben die Praktiker hingewiesen.

Wir brauchen, wenn wir wirklich etwas konkret gegen diese Terrorismusnetzwerke tun wollen, nicht aber irgendetwas ganz anderes im Sinn haben, feinselierte Instrumente, die treffsicher und praktisch machbar sind, und keine Schrotschüsse, die sogar

(C)

(D)

(A) die Computer des BKA sprengen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das hat natürlich, und das möchte ich an dieser Stelle auch erwähnen, auch Auswirkungen in einem ganz anderen Bereich! Wir haben hier an dieser Stelle vor wenigen Monaten den Bereich Öffnung der Hochschulen, Internationalisierung der Hochschulen besprochen. Ich hatte damals das Gefühl, dass nicht nur die Grünen, die das hier beantragt hatten, sondern auch Sie, meine Damen und Herren, dies für einen sehr wichtigen Punkt halten, dass wir die Hochschulen nicht nur so offen halten, wie sie jetzt sind, sondern weiter internationalisieren und weiter Menschen, Studierende, aber auch Forschende und Lehrende hier nach Bremen in unsere Hochschulen holen.

Das heißt aber auch, dass wir ein solches Instrument, das Sie heute vorschlagen, wenn überhaupt aber dann nur mit großem Respekt und Zurückhaltung einsetzen dürfen und dass die Bedenken der Hochschulen, die ja auch auf allen Ebenen formuliert worden sind, vom Rektorat über den Akademischen Senat bis hin zum AStA, ernst genommen werden müssen. Ich habe bisher noch nicht erlebt, dass Sie auf arabische oder muslimische Studierende zugehen, mit ihnen sprechen, dass Sie vertrauensbildende Maßnahmen machen, dass Sie ihnen die Ängste nehmen, dass sie jetzt im Zentrum als unbescholtene Studierende hier in Bremen von Fahndungsmaßnahmen stehen, obwohl sie keinerlei Verdacht oder Vergehen beschuldigt sind.

(B)

Das heißt, wenn man all dies einbezieht, dass Sie sowohl die Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten als auch vieler Praktiker, wie zum Beispiel der Gewerkschaft der Polizei in Niedersachsen, die von einem populistischen Wettlauf der Parteien spricht, um den Eindruck zu erwecken, sie hätten das Thema Sicherheit im Griff, und denen kann man nun keine besonders große Nähe zu den Grünen unterstellen, ernst nehmen sollten.

Das heißt auch, dass der Änderungsantrag, den die Grünen hier gestellt haben, meines Erachtens in die vollkommen richtige Richtung geht. Der Änderungsantrag besteht aus folgenden Punkten: den Richtervorbehalt einzuführen, die Beschränkung auf schwere Straftaten vorzunehmen, nämlich den Begriff „erhebliche Gefahr“ einzuführen, die Akten nach Gebrauch vollständig zu vernichten und die Maßnahme, ähnlich wie in den USA, in Schleswig-Holstein und demnächst wohl auch bei einigen Antiterrormaßnahmen des Bundes, zeitlich zu befristen, um eine unbegrenzte Ausweitung zu verhindern und eine Evaluation der Sinnhaftigkeit der Maßnahmen zu gewährleisten.

Wenn Sie wider Erwarten diesen sinnvollen Antrag ablehnen, dann werden wir uns bei dem Ge-

samtpaket, das Sie hier heute auf den Tisch gelegt haben, enthalten, weil natürlich an anderer Stelle das Wegweisungsrecht von uns sehr stark begrüßt wird. Ich sehe auch gar nicht, dass Sie überhaupt den Versuch gemacht haben, sowohl auf die kritischen Stimmen des Datenschutzbeauftragten, der Hochschulen, vieler Juristen als auch der Grünen einen Schritt zuzugehen.

(C)

(Abg. K l e e n [SPD]: Das stimmt nicht!)

Sie scheinen es hier vorzuziehen, mit Ihrer großen Mehrheit dieses Gesetz so durchzuziehen. Von daher sehe ich auch überhaupt keine Notwendigkeit, wenn Sie unsere Punkte, die sehr sinnvoll wären und die das Ganze noch korrigieren könnten, hier nicht aufnehmen, dass wir diesem zustimmen sollten. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Herderhorst, bei Ihren Reden mit doch inhaltlich schon lange gestellten DVU-Forderungen, habe ich Angst, dass Sie auf Grundlage Ihrer Reden in den Verdacht geraten könnten, in die DVU eintreten zu wollen.

(D)

Aber, und das sage ich Ihnen gleich, hier inhaltliche Reden mit langjährigen DVU-Forderungen zu halten und auch dementsprechende Interviews zu geben, ist die eine Sache. Danach politisch zu handeln, ist eben die andere Sache! Glauben Sie ja nicht, dass die Bürger diese Widersprüchlichkeiten Ihrer Politik nicht erkennen werden! Wahrscheinlich müssen Sie aber den so genannten Hardliner Ihrer Fraktion hier spielen, aber das glaubt Ihnen kein Mensch mehr!

Meine Damen und Herren, wir beschäftigen uns heute mit der Drucksache 15/857, mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes. Nach den schrecklichen Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA hat sich die politische Weltlage dramatisch verändert. Sie hat sich unkalkulierbar und unkontrollierbar für uns alle dramatisch verändert, sodass wir bei einer Beteiligung deutscher Soldaten an einer militärischen Aktion in Afghanistan oder sonst wo – die militärischen Aktionen der USA fangen ja gerade erst an – getrost zu 100 Prozent davon ausgehen können, dass Deutschland als das Hauptangriffsziel gezielter Anschläge von Terroristen aus aller Welt auserkoren wird. Um das voraussagen zu können, braucht man weiß Gott kein Prophet zu sein.

Meine Damen und Herren, hinzu kommt, was Sie gar nicht berücksichtigen, dass in der ehemaligen DDR von der damaligen kommunistischen SED-Re-

(A) gierung zahlreiche islamische Terroristen aus dem Libanon oder sonst wo nachweislich ausgebildet worden sind. Diese zu Hunderten ausgebildeten Terroristen sind nach der Wende hier mitten in Deutschland spurlos, namenlos und unauffindbar untergetaucht, die jetzt als so genannte Schläfer mitten in Deutschland unerkannt leben und wahrscheinlich darauf warten, aufgeweckt zu werden.

Meine Damen und Herren, das sind für mich Personen, die für mögliche weitere Terroranschläge in Deutschland in Betracht kommen könnten. Hinzu kommen dann natürlich noch zahlreiche andere Terroristen aus aller Welt, die nicht in der ehemaligen DDR ausgebildet worden sind, sondern in anderen zahlreichen Terrorausbildungslagern. Darum ist es dringend erforderlich, dass mittels eines Datenabgleichs mit anderen Dateien diese Personen erkannt werden, um geplante Straftaten, Terroranschläge und so weiter rechtzeitig zu verhindern.

Meine Damen und Herren, zudem können wir davon ausgehen, dass andere Bundesländer mit dieser Maßnahme des Datenabgleichs mit anderen Dateien in Kürze beginnen werden, deshalb ist es ein Gebot der Stunde, dass wir hier und heute dieser Gesetzesänderung überparteilich, einheitlich und geschlossen zum Schutz unserer Bevölkerung zustimmen müssen, auch die Grünen! Alles andere wäre verantwortungslos! Die Deutsche Volksunion wird sich dieser Verantwortung vorbehaltlos zum Wohle und Schutz unserer Bevölkerung stellen und dieser Gesetzesänderung uneingeschränkt zustimmen.

(B)

Darüber hinaus aber hat die Deutsche Volksunion schon seit Jahrzehnten diesbezüglich effektive Forderungen gestellt, wie zum Beispiel eine schnelle Umsetzung der Rasterfahndung, erweiterte Ermittlungskompetenzen des Bundeskriminalamtes, erweiterte Befugnisse für den Bundesgrenzschutz, schnellere und erweiterte Zugriffe auf Ausländerdaten, Regelabfrage zur Beurteilung einreisender Ausländer, sofortige Abschiebung krimineller Ausländer, Scheinasylanten und Asylbetrüger, bessere Erhebung und Speicherung von Visa-Daten, eine Erweiterung des Terrorparagraphen 189 a Strafgesetzbuch auf Ausländer und so weiter. All diese Forderungen sind auch zum Schutz der hier lebenden anständigen Ausländer.

Meine Damen und Herren, für diese realistischen Forderungen der Deutschen Volksunion wurde diese, und hier insbesondere unser Bundesvorsitzender und Herausgeber der „Nationalzeitung“, Dr. Frey, von allen etablierten Altparteien auf das Übelste beschimpft und zu Unrecht als rechtsradikal gebrandmarkt und niederträchtig diffamiert. Es ist eine traurige Tatsache, dass Sie immer erst dann aufwachen, wenn etwas Schreckliches passiert ist und es schon viel zu spät ist.

Meine Damen und Herren, die Deutsche Volksunion hat doch schon rechtzeitig vor Jahren

(C)

(Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU]: So lange gibt es euch doch noch gar nicht!)

darauf hingewiesen und deutlich davor gewarnt, dass Deutschland auf Grundlage Ihrer verfehlten Ausländer- und Asylpolitik zum Eldorado des ausländischen kriminellen organisierten Verbrechens sowie zum Hauptstützpunkt ausländischer Terroristen wird. Damals haben Sie alle darüber gelacht. Heute lachen Sie nicht mehr über unsere Warnungen. Ich kann Ihnen garantieren, dass Sie bei dieser dramatischen weltpolitischen Entwicklung auch zukünftig nicht mehr darüber lachen werden, denn schon heute haben sich die schlimmsten Befürchtungen und Mahnungen der Deutschen Volksunion auf das Schrecklichste bewahrheitet. Diese schlimmen und schrecklichen Folgen sind die Ergebnisse Ihrer verfehlten Politik, Ihrer Ausländer- und Asylpolitik, und sonst gar nichts! Dafür tragen Sie die Verantwortung und nicht die Deutsche Volksunion!

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/ Die Grünen]: Abgang!)

Meine Damen und Herren, dass die rotgrüne Chaostruppe in Berlin völlig, aber auch völlig am Ende ist, zeigt mir die Tatsache, dass die Regierung bei einer für den Gesamthaushalt doch geringen Summe von drei Milliarden DM, die außerplanmäßig für unsere innere Sicherheit aufgebracht werden muss – und ich sage Ihnen jetzt schon einmal voraus, das bleibt nicht bei diesen drei Milliarden DM, damit werden Sie nicht auskommen –, dass sie bei dieser verhältnismäßig geringen Summe gleich die Steuern erhöhen muss. Sie haben absolut keinen finanziellen Handlungsspielraum mehr!

(D)

Was wollen Sie denn dann erst sagen, wie wollen Sie dann reagieren, wenn uns die USA ihre Rechnung in Milliarden Euro für ihren Krieg in Afghanistan oder sonst wo, der noch Jahre andauern kann, präsentiert? Natürlich, das sage ich Ihnen jetzt schon einmal voraus, die Steuern erhöhen, ins Unermessliche erhöhen!

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Dann rauchen Sie doch nicht!)

Das ist doch klar, Sie haben doch sonst keinen finanziellen Handlungsspielraum und keine anderen Möglichkeiten mehr. Das aber wiederum macht die Deutsche Volksunion zum Wohle und im Interesse der Bürger nicht mit! Diese Gesetzesänderung tragen wir selbstverständlich zum Wohle unserer Bürger uneingeschränkt mit. – Ich bedanke mich!

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

(A) Wir haben Ihre Wortmeldung gesehen, Herr Kollege!

(Abg. **H e r d e r h o r s t** [CDU]: Der Senator hatte sich vor mir auch gemeldet, das war das Problem!)

Also, nach meiner Liste stehen Sie vor dem Senator.

(Zurufe von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Abg. **H e r d e r h o r s t** [CDU]: Ich stelle mich vor und hinter ihn!)

Abg. **Herderhorst** (CDU *) : Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. **T ö p f e r** [SPD]: Hoffentlich erklärt er jetzt nicht auch für den Senator!)

Ich möchte eigentlich nur die Gelegenheit ergreifen, auf die doch sehr eindrucksvollen Ausführungen des Kollegen Dr. Güldner einzugehen. Zunächst einmal, habe ich Ihnen auch gestern schon in der Debatte gesagt, Herr Dr. Güldner, dass die Koalition ihre Wege bis zur endgültigen abschließenden Befassung von Gesetzesvorlagen sehr sach- und fachgerecht erarbeitet und diskutiert. Dies braucht nun einmal seine Zeit, das ist für eine Demokratie, glaube ich, nicht ganz ungewöhnlich. Allein deswegen sind es erforderliche Zeiten, die dann dazu führen, dass manches etwas später kommt, als es vielleicht vorteilhafterweise sein sollte.

(B)

Zweitens: Ihre Sorge um meine Kenntnisse über Ausländerorganisationen sollten Sie zurückstellen, denn meine Kenntnisse sind etwas detaillierter, als sie in dem Interview zum Ausdruck gekommen sind, das im Übrigen nicht so wiedergegeben worden ist, wie ich es zum Teil gesagt habe, wobei ich in der Zielrichtung nichts zurückzunehmen brauche. Ich glaube auch, dass man hier und da die Gefahren, die latent vorhanden sind, unterschätzt. So sehr ich auch auf der einen Seite begrüße, dass man Kontakte zu allen Ausländergruppierungen unterhält, so sehr weiß ich aber auch aus meiner Erfahrung, dass manche Gespräche sehr freundlich ausfallen, tatsächlich aber anschließend etwas anders von diesen Gruppierungen gesehen werden.

Ich habe auch nicht behauptet, dass diese Organisation, die Sie hier noch einmal in die Zeitung gebracht haben, Straftaten begangen hat. Das habe ich ausdrücklich nicht behauptet! Ich habe lediglich gesagt, dass diese Organisation, wie andere, vom Verfassungsschutz beobachtet wird, dass es darüber auch detailliert, auch in der PKK, Informationen gegeben hat. Diese Informationen des Verfassungsschutzes in Bremen werden aber deutlich ergänzt durch den Verfassungsschutzbericht des Bundes. Ich sage Ihnen, ich bin nicht der Meinung, dass man

*) Vom Redner nicht überprüft.

völlig vorurteilsfrei an diese Organisation herangehen kann,

(C)

(Zuruf des Abg. **D r . G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen])

sondern man muss, finde ich, sehr kritisch sein. Ich hoffe nur, dass sich die Weltlage nicht noch weiter zuspitzt, sonst habe ich auch auf diesem Gebiet meine weiteren, doch erheblichen, Befürchtungen, dass es auch in unserer Republik dazu kommt, dass bestimmte Vorgänge sich ereignen.

Ich will Ihnen dann darüber hinaus auch sagen, Herr Dr. Güldner, dass Sie in Ihren Ausführungen noch einmal deutlich gemacht haben, dass Sie den Datenschutz, wie wir im Übrigen auch, sehr wohl achten. Ich habe aber trotzdem das Gefühl, dass Sie mitunter dazu neigen, eben diesen Datenschutz zum Täterschutz werden zu lassen, und das ist genau nicht unsere Linie!

(Beifall bei der CDU)

Wir sind der Meinung, dass man auch gerade, und das hat auch die Bundesregierung so erkannt, da sitzen ja nun auch Ministerinnen und Minister Ihrer Partei, ich glaube, das haben auch diese erkannt, bei einer solchen Sicherheitslage in dieser Republik nicht unbedingt immer bis auf den Punkt genau diese datenschutzrechtlichen Dinge stringent einhalten muss.

(D)

Nicht zuletzt muss ich Ihnen auch sagen, auch das Gefühl bestätigt sich zumindest bei mir immer mehr, dass Sie hier und da der Polizei unterstellen, nicht rechtsstaatlich zu handeln. Das führt dann dazu, dass Sie beispielsweise nach diesem Richtervorbehalt rufen. Ich glaube, dass wir sehr wohl, der Kollege Kleen und ich auch haben es vorhin gesagt, in diesem Falle den Richtervorbehalt nicht brauchen.

Dann darf ich auch noch sagen, ich habe eigentlich kein Verständnis dafür, dass Sie das nicht schon eher moniert haben, denn wenn Sie einmal im bisher geltenden Polizeigesetz nachlesen, ich glaube, das ist der Paragraph 33, steht darin eben diese Rasterfahndung bereits. Diese Rasterfahndung hat auch keinen Richtervorbehalt. Wenn Sie also da Probleme gehabt hätten, dann hätten Sie sich eigentlich schon einmal eher zu Wort melden und sagen müssen, an dieser Stelle müsste eigentlich das Polizeigesetz geändert werden.

(Abg. **D r . G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben ihn doch selbst im September abgeschafft, den Paragraphen!)

Ich habe gar nichts abgeschafft,

(Zuruf des Abg. **K l e e n** [SPD])

(A) sondern ich habe Ihnen eben gesagt, dass es im alten Polizeigesetz so gestanden hat, das können Sie gern noch einmal nachlesen, und dass dann in einem ersten Entwurf diese Regelung nicht enthalten war und wir diese dann nachgebessert haben. Das ist der Weg gewesen, und insofern sage ich Ihnen: Sie greifen hier etwas auf, was in der Tat nicht nötig ist.

(Zuruf des Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Im Übrigen habe ich auch darauf hingewiesen, dass die Strafprozessordnung bereits seit längerem diese Rasterfahndung enthält und hier bei Strafverfolgung die Rasterfahndung angewandt wurde, und zwar in entsprechender Form, ohne dass es da Probleme gegeben hätte. Das will ich nur noch einmal unterstreichen.

Ich kann Ihnen auch Fachliteratur aus Hamburg bringen, ich habe den Artikel noch nicht gelesen, obwohl er wohl aktuell in der Zeitung steht, die Ihnen belegt, dass diese Rasterfahndung in Hamburg sehr wohl positiv praktiziert worden ist. Von daher habe ich keine Veranlassung, dem keinen Glauben zu schenken.

(B) Was, um darauf noch einmal zurückzukommen, Ihre Kenntnisse im Ausländerbereich anbelangt, dass die sicherlich etwas weitergehend sind als meine, das will ich gern unterstellen, dafür waren Sie auch damals in einer Funktion, die das von Amts wegen veranlasste, dass Sie sich damit permanent auseinander setzen mussten. Ich habe das schon einmal gesagt, vielleicht hätte man da auch schon etwas mehr erwartet als das, was durch diese Stellen damals herausgekommen ist oder bis heute herausgekommen ist.

Zu den Hochschulen will ich Ihnen nur sagen: Es kann doch nicht sein, dass wir in einem Bundesland oder in mehreren Bundesländern diese Möglichkeit haben, und in Bremen und in Niedersachsen sollte das nicht der Fall sein. Deswegen muss auch diese Regelung natürlich dann auch solche Stellen erfassen. Dass dort auch Gefahrenherde latent vorhanden sind, ist auch wohl keine Frage, denn das haben die Ermittlungsergebnisse an einigen Stellen bereits erwiesen. Von daher halte ich es für unabdingbar, dass natürlich auch, wenn es angezeigt ist, unter den Voraussetzungen, die wir jetzt auch im Bremischen Polizeigesetz formuliert haben, diese Fahndungsmethode angewendet wird.

Ich will zur GdP Niedersachsen das Wort nicht verlieren, die mögen das in Niedersachsen so sehen, hier in Bremen habe ich noch nichts dergleichen gehört, und von daher ist das abgehakt für mich.

Ansonsten würde ich mir sehr wünschen, dass Sie etwas konsequenter sind, und das habe ich schon mehrfach festgestellt, Sie vermischen verschiedene Pole. Sie sagen auf der einen Seite, dass wir im Grun-

de die Rasterfahndung eigentlich gar nicht brauchen, auf der anderen Seite stellen Sie hier einen Antrag, die Rasterfahndung unter Ihren Kriterien einzubauen.

(Zuruf des Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Das ist für mich ein Widerspruch. Solche Widersprüche sind des Öfteren vorhanden, auf der einen Seite fordern Sie etwas, aber auf der anderen Seite machen Sie in Ihrer Partei nicht genau deutlich, wo Sie denn nun eigentlich stehen, was Sie nun eigentlich wollen und was Sie nicht wollen. Da sollten Sie ein bisschen geradlinigere Richtungen ausweisen, und dann kämen wir auch sicherlich etwas schneller voran.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst eine Stellungnahme abgeben zum so genannten Wegweisungsrecht. Ich begrüße sehr die Initiative der beiden Koalitionsfraktionen, zu diesem Zeitpunkt das Wegweisungsrecht mit in das Bremische Polizeigesetz aufzunehmen.

(D) Gewalt, meine Damen und Herren, ist keine Privatsache, sondern Gewalt ist etwas, was gesellschaftlich, wo auch immer sie vorkommt, zu ächten ist, auch und gerade in der Familie, die Familie ist kein rechtsfreier Raum.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Mit dem Vorschlag, meine Damen und Herren, der in das Gesetz aufgenommen werden soll, muss aber auch das einhergehen, was der Bundesgesetzgeber sich vorgenommen hat, aber auch noch nicht zum Abschluss gebracht hat, nämlich das Gesetz zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen zu verabschieden, um eben eine Erleichterung der Überlassung der Ehe- wohnung bei Trennung zügig in Kraft zu setzen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, der nur zivilrechtlich geregelt werden kann. Ansonsten würde die Änderung, die hier vorgesehen ist im Bremischen Polizeigesetz, allein an der Situation der Frauen, aber auch der in den Familien lebenden Kinder nichts ändern.

Meine Damen und Herren, eine kanadische Studie hat gezeigt, dass Männer, in deren Familien die Ehefrauen misshandelt wurden, ihre eigenen Frauen mit einer tausendfach höheren Wahrscheinlichkeit schlagen, als Männer aus Familien, in denen keine Misshandlung vorgekommen ist. Allein dies

- (A) zeigt, das Beispiel auch und die Einhaltung von übernommenen Werten, und das ist ein Wert, keine Gewalt anzuwenden, wo auch immer,

(Beifall bei der CDU)

dass alles darangesetzt werden muss, Gewaltkreisläufe zu durchbrechen.

Parallel dazu, meine Damen und Herren, sind aber auch hier in Bremen weitere Unterstützungshandlungen notwendig im sozialen Bereich, vor allem, wie sie in dem Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe häusliche Beziehungsgewalt vom Senat beschlossen wurden, die es den Opfern dann erlauben, in der für sie schwierigen Situation auch die richtigen Entscheidungen zu treffen. Ich darf noch einmal sagen, dass ich diesen Gesetzentwurf für sehr gut und sehr richtig halte.

Herr Abgeordneter Dr. Güldner, weil Sie gesagt haben, nun endlich, und das hätte man schon alles früher machen können!

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/
Die Grünen]: So ist es!)

- (B) Wenn Sie sich entsinnen, was ich beim letzten Mal gesagt habe, das hätte man eben nicht in dieser Gründlichkeit und mit dieser auch rechtssicheren Ausformulierung hinbekommen, denn Sie haben sich vor einem Monat oder vor zwei Monaten bezogen auf zwei Gesetze, die in Mecklenburg-Vorpommern und in Hamburg eingebracht wurden, die sehr grob sind. Ich prophezeie Ihnen, dass die demnächst eine Novellierung vornehmen müssen. Wir haben noch eine Fülle von Fragen damals offen gehabt, zum Beispiel der Begriff der Wohnung. Sollen damit auch Nebenräume umfasst werden? Das ist jetzt gelöst! Der Begriff des unmittelbar angrenzenden Bereichs, das ist jetzt gelöst! Für welche Zeitdauer soll solch eine Maßnahme greifen? Das ist jetzt gelöst! Die Möglichkeit zur vorzeitigen Aufhebung der Maßnahme ist jetzt gelöst, ich kann das fortsetzen!

Das ist hier erstmals und zusammen mit Nordrhein-Westfalen eine juristisch korrekte und umfassende Regelung, und ich glaube, hier braucht es auch nicht wie in Hamburg und möglicherweise auch in Mecklenburg-Vorpommern demnächst eine Novelle zu geben, sondern das kommt jetzt genau richtig. Wir haben in der letzten Parlamentssitzung gesagt, wir werden das noch vor dem Ende dieses Jahres einbringen. Es erfolgt jetzt bereits Ende Oktober, und ich glaube, schneller und besser kann man es nicht machen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Deswegen herzlichen Dank für diese Initiative!

Meine Damen und Herren, zur so genannten Rasterfahndung! Nach den Terroranschlägen vom 11.

September hat sich die Sicherheitslage, wie Ihnen bekannt ist, weltweit geändert. Die Bedrohung durch terroristische Gewalttaten muss auch als langfristige Bedrohung angesehen werden, hier wird sich wahrscheinlich in der nächsten Zeit leider Gottes nicht sehr viel ändern. Wir müssen gemeinsam den Kampf gegen den internationalen Terrorismus aufnehmen, um das Leben und die Gesundheit unserer Bürger zu schützen.

In diesem Kampf können wir nur bestehen, wenn alle Staaten der zivilisierten Welt zusammenstehen, und auf unser föderales System bezogen heißt das, wenn auch alle Bundesländer hier gemeinsam eine solche Regelung, wie sie verabredet ist, zwischen den einzelnen Innenministern geschaffen wird. Es darf keine weißen Flecken auf der Landkarte der Terrorismusbekämpfung geben, nur ein lückenloses Vorgehen ermöglicht den Erfolg. Deshalb muss auch Bremen, wie jetzt mit dem vorgeschlagenen Gesetzentwurf, seinen Beitrag leisten, und es muss ihn jetzt leisten.

Meine Damen und Herren, ich finde es sehr sinnvoll, wenn, ich habe das mit dem Kollegen Bartling, dem Innenminister aus Niedersachsen, so verabredet, dass Bremen – umschlossen von Niedersachsen – eine weitgehend identische Regelung vorlegt wie Niedersachsen. Die beiden Regelungen sind jedenfalls weitgehend identisch!

(D) Meine Damen und Herren, die Sicherheitsbehörden müssen alle rechtlichen Mittel an die Hand bekommen, um die notwendigen Maßnahmen ergreifen zu können, um, und das ist jetzt im Moment das Ziel, bundesweit die so genannten Schläfer zu entdecken, die es ja in der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat. Wir haben ja die bekannten Beispiele aus Hamburg, aus Bochum und anderenorts.

Nach den vorliegenden Erkenntnissen ist eben nicht ausgeschlossen, dass es auch in Bremen solche Personen gibt, die für terroristische Anschläge in Frage kommen. Das heißt, die Schläfer müssen enttarnt werden, damit sie nicht weiter ihre kriminellen oder terroristischen Handlungen bei uns planen und ausführen können, denn Deutschland darf nicht weiter wie bisher, und ich glaube, das sind wir unseren amerikanischen Freunden nach den Ereignissen am 11. September schuldig, Ruheraum und logistischer Aufbereitungsraum für Terrorhandlungen bleiben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Rasterfahndung ist ein unverzichtbares polizeiliches Mittel, um das von mir genannte Ziel zu erreichen. Nach den bisherigen Ermittlungen in den Vereinigten Staaten und in Deutschland, vor allem in Hamburg, trifft auf die Tatverdächtigen ein Bündel von Merkmalen gemeinsam zu. Diese Merkmale setzen sich aus Informationen zusammen, die in den Dateien der verschiede-

(A) nen Behörden und Institutionen, aber auch bei Privaten gespeichert sind, zum Beispiel bei Einwohnermeldeämtern, im Ausländerzentralregister, bei Sozialämtern, bei Hochschulen oder beim Luftfahrtbundesamt.

Das hat überhaupt nichts, Herr Dr. Güldner, zu tun mit dem System Inpol, sondern hier geht es ja gerade darum, außerhalb des polizeilichen Bereichs vorhandene Datenbestände miteinander abzugleichen und nicht die Datenmengen, die Sie vorhin mit Inpol genannt haben und weshalb das System nicht arbeitet, damit in Verbindung zu bringen, vorhandene Dateien über Personen, wo personenbezogene Daten gespeichert sind, miteinander abzugleichen, und zwar automatisiert. Das ist wieder etwas anders als das, was Sie angeführt haben aus den achtziger Jahren, Anfang der achtziger Jahre. Damals gab es gar nicht die technische Möglichkeit des automatisierten Datenabgleiches, jedenfalls nicht in dieser Form, wie er jetzt stattfindet.

(B) Meine Damen und Herren, der Abgleich dieser verschiedenen Daten ermöglicht es, anschlagbereite Personen zu identifizieren und aus ihrer Anonymität zu reißen. Wenn jetzt die Diskussion von Einzelnen darüber geführt wird, ob das wirkungsvoll ist oder unwirksam ist, wie heute in der Zeitung nachzulesen ist, meine Damen und Herren, selbst wenn nur ein Terrorist durch solche Rasterfahndung entdeckt wird, ein Terrorist daran gehindert wird, so etwas zu tun, was in den USA leider geschehen ist, dann hat diese Gesetzesänderung, dann hat die Rasterfahndung schon ihren Sinn erreicht.

(Beifall bei der CDU)

Der Abgeordnete Herderhorst hat bereits darauf hingewiesen, dass die Strafprozessordnung eine Rechtsgrundlage für die Rasterfahndung bereits enthält, allerdings nur für repressive, das heißt strafprozessuale Maßnahmen. Wir wollen hier die Rasterfahndung zur Verhinderung von eventuell bevorstehenden Taten regeln, das heißt also im präventiven Bereich und damit im Polizeigesetz. Öffentliche und nichtöffentliche Stellen werden verpflichtet, der Polizei Daten für einen Datenabgleich zu überlassen. Dies, meine Damen und Herren, und hier sind die Hürden sehr hoch, ist nur zulässig zur Abwehr einer Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes, für Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder zur Verhütung einer Straftat von erheblicher Bedeutung.

Das, was Sie gefordert haben, Herr Abgeordneter Dr. Güldner, steht hier bereits darin. Damit ist also die Befürchtung, dass hier nun alle Bürger ständig überprüft werden bei allen möglichen Anlässen, wirklich unbegründet, so hoch kann man Hürden gar nicht hängen, dass eine solche Befürchtung auch nur entstehen kann.

(C) Bei aller Entschlossenheit, meine Damen und Herren, darauf will ich aber auch hinweisen, dürfen wir unsere rechtsstaatlichen Prinzipien nicht aus den Augen verlieren, um unser freiheitliches Gemeinwesen zu bewahren.

Ganz wesentlich ist für die rechtsstaatliche Absicherung die Frage, wer die Maßnahme anordnet und überwacht. Wir haben hier ein vierstufiges Sicherungskonzept, meine Damen und Herren, ein vierstufiges Sicherungskonzept vorgesehen, das meiner Ansicht nach eine optimale Kontrolle gewährleistet. Die erste Stufe ist der Behördenleitervorbehalt, das heißt, die Maßnahme oder die Anordnung der Maßnahme kann nur vom Leiter der Behörde, also in Bremen vom Polizeipräsidenten, weitergegeben werden.

Die zweite Stufe ist, die Maßnahme kann nur mit Zustimmung des Senators für Inneres geschehen. Hier wird nochmals behördenintern überprüft, ob die Maßnahme wirklich notwendig ist. Die dritte Stufe ist die Kontrolle durch den Datenschutzbeauftragten, der parallel zur Anordnung der Maßnahme von dieser unterrichtet wird. Die vierte Stufe, meine Damen und Herren, ist die parlamentarische Kontrolle durch den eigens zum Polizeigesetz eingerichteten Ausschuss der Bremischen Bürgerschaft.

(D) Es ist richtig, Dr. Güldner, dass sich andere Länder für den Richtervorbehalt entschieden haben, aber ich meine, dass hier dieses Parlament, in der nicht nur ein Richter, sondern mehrere Abgeordnete, die alle Bereiche unserer Gesellschaft repräsentieren, eine bessere Kontrolle garantiert als ein Einzelner.

(Glocke)

Eine weitere Sicherungsmaßnahme ist die angeordnete Pflicht zur unverzüglichen Löschung der Daten nach Abschluss der Maßnahmen. Damit ist sichergestellt, dass der Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung nicht über das unbedingt notwendige Maß hinausgeht.

Fazit ist, dass die vorgeschlagene Neuregelung mit ihren strengen Voraussetzungen und den zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen rechtsstaatliche Erfordernisse enthält, ohne die sicherheitspolitisch gebotenen Anforderungen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu vernachlässigen.

Herr Dr. Güldner, noch ein Wort zum Abschluss, das die Hochschulen betrifft! Wir haben es jetzt mit dem Thema Schläfer zu tun, die bisher – so zeigt es sich in Hamburg – alle Studenten waren und aus dem Hochschulbereich kamen. Das heißt nicht, dass jetzt Studenten aus bestimmten Ländern, die zurzeit inkriminiert sind, damit einem Generalverdacht unterliegen. Im Gegenteil werden diejenigen, die aus diesen Ländern kommen, durch solche Rasterfahndungen entlastet, wenn wir, wenn die Poli-

(A) ze nichts findet. Das ist auch ein Schutz dieser Studenten.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen, und in dieser Frage bleibt der Senat dabei, das darf ich in aller Deutlichkeit sagen, dass Bremen als Hochschulstandort für ausländische Studenten, damit auch für Studenten aus diesen Regionen, attraktiv bleibt und attraktiver wird. Sie müssen hier nicht befürchten, durch die Rasterfahndung oder anderes mehr verfolgt zu werden.

(Glocke)

Sie sehen sich hier einer rechtsstaatlichen Kontrolle gegenüber, meine Damen und Herren, an der keiner etwas auszusetzen hat. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, dieser letzte Punkt ist so gravierend und betrifft ja eine ganze Reihe von Hochschulen und eine große Anzahl von Studierenden hier in unserem Land Bremen, diesen Punkt kann man einfach so nicht stehen lassen.

(B)

Wenn das richtig ist, was Sie jetzt sagen, dass jeder, der sich nie irgendeines Verdachtes schuldig gemacht hat, zunächst erst einmal sozusagen weiß gewaschen werden muss, um zu wissen, dass er nicht weiter staatlich verfolgt wird, ist dies die absolute Umkehrung der Unschuldsvermutung, die zu den Kernbeständen des Rechtsstaates in der Bundesrepublik Deutschland gehört.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie diese Botschaft an die internationalen Studierenden unserer Hochschulen aussenden, dann können Sie auch gleich die Botschaft aussenden, dass das, was dieses Haus beschlossen hat, nämlich die vermehrte Öffnung unserer Hochschulen in den internationalen Bereich hinein, mit dieser Aussage, die Sie heute gemacht haben, ad acta gelegt wird. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die allgemeine Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zuerst über die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/863 und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/866 abstimmen.

(C)

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/863 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/866 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Abg. T i t t -
m a n n [DVU])

(D)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Meine Damen und Herren, jetzt lasse ich über das Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes mit der Drucksachen-Nummer 15/857 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n
[DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Interfraktionell wurde vereinbart, Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung vor-

(A) zunehmen. Ich lasse deshalb darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes in der in erster Lesung beschlossenen Fassung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n
[DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Reparaturarbeiten an der A 27 zwischen den Anschlussstellen Burglesum und Freihäfen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 6. September 2001
(Drucksache 15/813)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 2. Oktober 2001

(Drucksache 15/848)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Frau Senatorin, Sie verzichten darauf.

Meine Damen und Herren, dann treten wir in die Aussprache ein.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem es im Sommer dieses Jahres wiederum Bauarbeiten auf der A 27 gab, wie jedes Jahr, und es parallel dazu Bauarbeiten an Stellen gab, die aus meiner Sicht auf einen anderen Zeitpunkt hätten gelegt werden müssen, habe ich dies im Vergabeausschuss der Baudeputation zur Sprache gebracht. Da die Antwort da nicht zufriedenstellend war, haben wir eine Kleine Anfrage eingebracht. Auch da war absehbar, dass die Antwort nicht zufriedenstellend werden würde, deswegen haben wir aus der Kleinen Anfrage eine Große Anfrage gemacht, um dies hier zur Sprache zu bringen, weil aus unserer Sicht das, was da im Sommer passiert ist, so nicht akzeptabel ist. Dies ist wichtig für die Zukunft.

Ich will darauf hinweisen, dass – darauf wird eingegangen in dieser Antwort des Senats – an 115 von 250 Arbeitstagen im Jahr an der A 27 Schadensstellen sind. Diese Schadensstellen hatten allerdings einen größeren Umfang, deswegen war es auch wichtig, dass es mit anderen Baumaßnahmen abgestimmt werden musste. Ich will noch einmal auf die Bedeutung der A 27 hinweisen. Sie ist ja gerade für den innerstädtischen Verkehr, aber auch im Hinblick auf den Standort Bremerhaven eine nicht unwichtige Autobahn. Deswegen hat man aus meiner Sicht, was die Baustellenkoordination anbetrifft, besonders sensibel darauf zu reagieren.

Wenn an der A 27 gearbeitet wird, dann ist es für meine Begriffe nicht akzeptabel, wenn parallel dazu das so genannte Aktionswochenende stattfindet, wie vom 13. bis 15. Juli 2001 in Horn-Lehe geschehen, und der Autobahnzubringer geschlossen wird. Wenn man einerseits die Verkehrsteilnehmer bittet, über Ritterhude nach Worpswede zu fahren, dann gleichzeitig auf der A 27 die Baustelle hat und den Autobahnzubringer schließt, dann ist das nicht akzeptabel. Das hätte man verschieben, vorziehen oder danach machen können.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Punkt ist, dass parallel dazu auf der B 75 gearbeitet und die Friedrich-Ebert-Straße geschlossen worden ist. Der Verkehr, der von der Neuenlander Straße in Richtung Innenstadt wollte, konnte also nicht über die Friedrich-Ebert-Straße fahren, war auf die B 75 angewiesen, aber da gab es eine Baustelle. Wenn man auf der A 27 nicht fahren wollte, dann musste man die Hafenanrandstraße benutzen. Das Ergebnis war, dass durch die riesige Baustelle auf der B 75 in der Hafenanrandstraße selbst ein riesiger Rückstau war. Darüber hinaus gab es dann noch das Problem, dass eine Ampelanlage teilweise ausgefallen ist und, was darüber hinaus nicht akzeptabel ist, dass in der Hafenanrandstraße selbst die Ampelschaltung nicht umgestellt worden war. Wir haben ja gefragt, ob man die Ampelschaltung mit Rück-

(C)

(D)

(A) sieht auf diese besonderen Verkehrsströme umgeschaltet hat. Hier wird ausdrücklich gesagt, das habe man nicht getan.

Erstens hätte man das tun können. Zweitens wissen wir, dass es schon seit Jahren ein Problem mit der grünen Welle in dieser Hafenanrandstraße gibt. Da sagt der Senat, dass erst im Frühjahr 2003 im Zusammenhang mit der Modernisierung und Weiterentwicklung des ÖPNV-Projektes diese grüne Welle neu gestaltet wird. Auch dies ist aus unserer Sicht so nicht akzeptabel. Ich möchte hier noch einmal ausdrücklich ansprechen, wenn man schon an der A 27 arbeitet, dann kann man eine grüne Welle für die Hafenanrandstraße einrichten. In anderen Städten ist dies so üblich, und hier ist das nicht so gemacht worden.

Parallel zu diesen Bauarbeiten ist dann noch an der B 74 in Bremen-Nord gearbeitet worden. Man hat gesagt, wenn man schon eine Baustelle hat, wenn die Leute schon mit einer Baustelle behindert werden, so steht es ja sinngemäß in der Vorlage, dann kann man diese zusätzlichen Arbeiten an Brückensanierungen auch machen. Das Zeitargument ist nicht zu akzeptieren. Ich weise noch einmal darauf hin: Die Bauarbeiten haben vom 11. bis 19. Juli 2001 an der A 27 stattgefunden. Man hätte an den Wochenenden vom 30. Juni/1. Juli 2001 beziehungsweise 28./29. Juli 2001 die anderen Bauarbeiten durchführen oder diese Bauarbeiten vorziehen können. Insofern stimmt das Zeitargument nicht, und die Arbeiten, die man ansonsten durchgeführt hat, hätte man verschieben können. Jedenfalls ist es nicht akzeptabel, dies parallel zu machen.

(B)

(Zuruf des Abg. D r . S i e l i n g [SPD])

Was ist im Vergabeausschuss gewesen, Herr Kollege Sieling?

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Der Kollege fragte mich gerade, ob wir im Vergabeausschuss sind! – Zuruf des Abg. S c h i l d t [SPD])

Herr Kollege Schildt, Sie sind doch Bremerhavener. Sie fahren mit dem Zug, aber es gibt andere – –.

(Abg. S c h i l d t [SPD]: Ich fahre mit dem Auto!)

Sie fahren sogar mit dem Auto, wunderbar! Dann werden Sie das doch erlebt haben, es sei denn, Sie waren zu dieser Zeit verreist. Für diejenigen jedenfalls, die in Bremen darauf angewiesen waren, diese Fahrstrecke zu nehmen – das ist nicht nur jemand, der mit dem Auto dahin fährt, das sind auch viele, die aus beruflichen Gründen, zum Beispiel mit dem Lkw und so weiter, dort fahren müssen –, ist es nicht

akzeptabel, wenn sie kilometerlang im Stau stehen. Die Staus waren teilweise 17 Kilometer lang.

(C)

(Unruhe bei der SPD)

17 Kilometer, jawohl! Ich weiß nämlich, wovon ich rede, weil ich in einem solchen Stau gestanden habe. Deswegen habe ich mich besonders geärgert.

(Heiterkeit – Abg. D r . S i e l i n g [SPD]:
Jetzt habe ich die Anfrage verstanden!)

Das ist sehr schön, dass Sie jetzt die Anfrage verstanden haben. Man kann das ja veralbern. Ich will das nur einmal deutlich sagen: 1994 gab es hier im Herdentorsteinweg einen Stau, 80 Meter Baustelle. Da haben die Bauarbeiter mittags aufgehört zu arbeiten. Da gab es keine Powerbaustellen. Ich hoffe, dass inzwischen der eine oder andere gelernt hat, wie man mit Baustellen umgeht,

(Beifall bei der CDU)

denn die Leute verstehen und akzeptieren so etwas nicht. Sie können das natürlich gern veralbern. Das ist natürlich auch eine Methode, um das Thema klein zu machen. Glauben Sie mir, mir ist nicht wichtig, dass der eine oder andere im Parlament das so sieht. Ich weiß nur, wie das draußen gesehen wird. Draußen wird es nicht akzeptiert, wenn es Baustellen gibt, an denen nicht so gearbeitet wird, dass man den Eindruck hat, dass es zügig geht. Wenn man merkt, dass parallel gearbeitet wird, dann wird das draußen nicht akzeptiert. Ich akzeptiere das jedenfalls nicht.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Ich werde mir immer wieder erlauben, das hier im Parlament zur Sprache zu bringen. Herr Schildt, Sie können ja draußen in Bremerhaven der „Nordsee-Zeitung“ verkaufen, dass Sie das hier im Parlament veralbern wollen. Ich akzeptiere das nicht und lasse mich nicht veralbern. Auch nicht von Ihnen!

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege Pflugradt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schildt?

Abg. **Pflugradt** (CDU): Nein, wenn er mich veralbern will, dann gebe ich auch keine Antwort!

(Heiterkeit)

Ich akzeptiere Zwischenfragen, aber nicht, wenn man mich veralbert, Herr Kollege!

(Abg. S c h i l d t [SPD]: Ich veralbere Sie doch nicht!)

(A) Meine Damen und Herren, wir haben ja auch die Frage des Umbaus der A 27 angesprochen. Wir wissen, dass die A 27 reparaturanfällig ist. Sie ist erneuerungsbedürftig. Das, was wir im Jahr 1995 erstmalig im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, dass Bremen darauf hinwirkt, dass der Abschnitt zwischen den Abfahrten Ihlpohl und Freihäfen sechsspurig oder sechsstreifig ausgebaut wird, hat jetzt eine gute Chance auf Verwirklichung.

In dem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, der eine oder andere hat ja vor 1995, aber auch, nachdem wir das in den Koalitionsvertrag geschrieben haben, gemeint, wenn man diese Sechsstreifigkeit plant und bei der Bundesregierung bewirken will, würde dies die A 281 gefährden. Das hat zum Beispiel der frühere Wirtschaftsminister Jäger immer behauptet, und deswegen hat er nicht viel davon gehalten. Wir haben eine andere Philosophie gehabt, und deswegen haben wir 1995 auch sehr darauf gedrängt, dass dies in den Koalitionsvertrag hineingekommen ist.

Andere Bundesländer praktizieren das seit Jahren so. Ich hoffe, dass wir das bei anderen Projekten – wir kommen in der nächsten Bürgerschaftssitzung ja noch auf ein anderes Thema, nämlich den Utbremer Kreisel – so machen wie andere Bundesländer auch. In diesem Fall ist uns das geglückt. Wir haben nämlich im Jahr 1995 gesagt, lasst uns das planen, und im nächsten Jahr wird die Planreife für die Sechsstreifigkeit fertig sein! Es gibt immer wieder eine Chance, beim Bund Finanzierungsmittel dafür durchzusetzen, und dies ist geglückt.

(B) Ich möchte in dem Zusammenhang mit Genehmigung des Präsidenten aus einem hausinternen Vermerk zitieren:

(Abg. Frau Hamerström [SPD]:
Darf man das?)

„Selbst in der integrativen Verkehrsplanung Anfang der neunziger Jahre, die vom Bausenator als Hauptbegründungsquelle für das verkehrspolitische Handeln angesehen wird, ist der sechsstreifige Ausbau der A 27 als Maßnahme nicht untersucht worden.“ Daran kann man erkennen, dass das vor dem Jahr 1995 nicht das Ziel war. An einer anderen Stelle heißt es dann: „Die bewilligten“ – die jetzt bewilligten, füge ich ein – „zusätzlichen Millionen DM für den Ausbau der A 27 sind ohne jeglichen Zweifel als Erfolg für Bremen zu qualifizieren. Wenn jedoch die Bausenatorin dieses Ergebnis nach dem heutigen Zeitungsbericht als eigenen Verdienst feiert, so erlaubt ein Rückblick auf die jüngste Verkehrsplanungsgeschichte Bremens auch eine differenziertere Betrachtung. Danach kann dieses Ergebnis schlicht und einfach als Reparatur für frühere Entscheidungen bezeichnet werden.“ Dem schließe ich mich an. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jägers. (C)

Abg. **Jägers** (SPD): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Pflugradt, ich hatte mich heute eigentlich darauf gefreut, eine verkehrspolitische Debatte zu führen.

(Beifall bei der SPD)

Das fällt mir jetzt etwas schwer, ich will es aber trotzdem versuchen, weil Sie ja ganz zum Schluss wieder den Bogen geschlagen haben, der doch darauf hindeutet, dass man mit Ihnen auch Verkehrspolitik debattieren kann. Sie haben nämlich auf die integrative Verkehrsplanung hingewiesen, und an die integrative Verkehrspolitik, die damit verbunden ist, denken Sie dabei hoffentlich auch, weil das nämlich Lösungsansätze bietet.

Ich will hier mit Ihnen auch nicht debattieren, dass nur die Bauarbeiter schuld daran sind, wenn dort nicht schneller gebaut wird. Sie haben gesagt, Sie sind an der Baustelle vorbeigekommen, und sie sind alle mittags nach Hause gegangen, und das könne ja wohl nicht angehen. Ich weiß nicht, ob sie tatsächlich mittags nach Hause gegangen sind. Manchmal ist es bei der Bevölkerung aber nicht bekannt, deswegen sage ich es hier: Wenn man auf einer Autobahn Beton gießt, und das soll einmal eine Autobahn werden, dann braucht der Beton eine Zeit, bis er hart ist, weil man sonst stecken bleibt, wenn man darüber fährt. (D)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann bildet man die Spitze des Staus, das hat auch keinen Sinn!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vieles von dem, was da passiert ist, hat also immer eine technische Erklärung. Da muss man einfach einmal nachfragen, warum die Leute da nicht arbeiten, um dann die Erklärung zu haben. Dann weiß man auch, warum sie nicht da sind. Es hat sicherlich nichts damit zu tun, dass meine Kollegen da irgendwie gerade keine Lust hatten.

Wir haben die Antwort des Senats, die uns allen die längst bekannten Sachverhalte deutlich macht, Sie haben daraus zitiert. Der sechsspurige Ausbau der A 27 zwischen Burglesum und Freihäfen ist schon vor mehreren Jahren beschlossen worden und für die Wirtschaftsentwicklung Bremens ein dringend notwendiges Projekt, deswegen ist es auch im Bundesverkehrswegeplan angemeldet worden. Schon damals war die Überlastung dieses Teilstücks ein

(A) ständiges Problem für uns und als solches erkannt worden.

Als erster Lösungsansatz ist damals die Einfädelspur oder Ausfädelspur in Richtung Freihäfen verlängert worden. Das hat ein bisschen etwas von dem gemildert, was sich da zu bestimmten Tageszeiten abspielt. Die vorliegende Finanzierungszusage durch das Bundesverkehrsministerium, die viel früher erfolgte als gedacht, ist ausschließlich ein Verdienst des Bauressorts. Sie haben eben darauf hingewiesen, dass im Jahr 1995 das Teilstück in der integrativen Verkehrsplanung nicht untersucht worden ist. Wenn es so schnell, vom Jahr 1995 bis jetzt, gelungen ist, die Mittel zu bekommen, damit wir möglichst im nächsten Jahr noch anfangen können zu bauen, dann, sage ich, ist da eine gute Arbeit geleistet worden!

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort des Senats sagt aus, dass es Kritik an der Abwicklung und Koordinierung der bisherigen Baustellen auf der A 27 gibt. Im Übrigen haben wir, Herr Pflugradt, darüber immer in der Deputation gesprochen. Die Deputation war also stets über die Sachverhalte informiert. Vieles von dem, was Sie eben gesagt haben, haben Sie da ja auch schon vorgebracht, und das gehört eigentlich auch in die Deputation.

(B) Vor der Einrichtung einer Baustelle müssen wir Umgehungstrecken beziehungsweise Umfahrgestrecken nicht nur ausweisen, sondern sie müssen auch verkehrstechnisch so ausgestattet werden, dass ein optimaler Verkehrsfluss gewährleistet ist, das ist ja völlig klar. Dazu gehören natürlich auch die Ampelschaltungen. Manchmal fallen Ampelschaltungen aus, weil ein Bagger ein Kabel erwischt. Das kann passieren, dafür kann im Zweifelsfall keiner etwas, zumindest keiner, der hier im Raum ist.

Bei der Vergabe der Bauaufträge müssen Fristsetzungen erfolgen, das ist ganz klar. Die Firmen müssen gesagt bekommen, zu welcher Zeit welcher Baufortschritt zu erzielen ist. Das muss auch kontrolliert werden. Mit den Firmen ist aber auch zu klären, dass die Leute, die dort bauen, das auch abwickeln können und sie auch darauf eingerichtet sind und so viel qualifiziertes Personal zur Verfügung haben, dass sie diese Baumaßnahmen durchführen können. Mehrschichtarbeit ist aus unserer Sicht auch der Ausdehnung der Arbeitszeit auf zehn Stunden täglich vorzuziehen, weil die Leistungsfähigkeit der Menschen von der achten Stunde an nachlässt. Auch darüber muss man nachdenken.

Die Baumaßnahmen müssen so schnell wie möglich durchgeführt werden. Schnelligkeit darf aber nicht zu Lasten von Qualität gehen, das ist völlig klar.

(Beifall bei der SPD)

(C) Wir wollen nicht nach Abschluss des letzten Teilstücks am ersten Teilstück wieder mit dem Reparieren anfangen, sondern da muss Qualität geleistet werden.

Wir brauchen flankierende Maßnahmen für die A 27. Der Freihäfenzubringer muss mittelfristig vier-spurig ausgebaut werden, der Umbau des Utbremer Kreisels bringt zwar eine Entlastung, wie uns die Verkehrsfachleute sagen, das wird aber nicht ausreichen. Es gibt Prognosen von Verkehrsplanern, die sagen, wie sich die Verkehre entwickeln werden. In den nächsten 15 Jahren wird der Verkehr um 20 Prozent wachsen, im Güterverkehr, im Lkw-Verkehr sogar um 64 Prozent. Wer auf der Autobahn unterwegs ist, kann sich ausmalen, was das bedeutet.

Die Gründe dafür sind klar und auch bekannt, zum Beispiel Just-in-time-Produktion von bestimmten Herstellern und Händlern, die ihr Außenlager schlicht und ergreifend auf die Autobahn verlagern. Das ist zu besichtigen: Wenn Sie einmal an Parkplätzen vorbeifahren, stehen dort reihenweise die Lkw, die früher ein Lager gebildet haben. Leider bezahlen diejenigen, die die Lkw da auf der Autobahn hin- und herfahren lassen, nicht ausreichend für die Reparatur der Autobahn, die vordringlich und vornehmlich durch den Lkw-Verkehr zerstört wird. Da hat aber ja die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, insbesondere die Einführung der Lkw-Maut ist da ein richtiger Schritt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(D) Wir müssen die Mobilität erhalten. Das ist notwendig zur Sicherung der Wirtschaftskraft in Bremen. Wir müssen auch daran denken, dass auf der Strecke nach Bremerhaven durch den Ausbau des Containerterminals noch zusätzliche Verkehre entstehen können. Wir haben an dieser Stelle schon einmal darüber debattiert, dass ja von Bremerhaven nach Hamburg mittlerweile privat organisierte Züge fahren. Das ist ein guter Schritt in die richtige Richtung, um die Verkehre von der Straße auf die Schiene zu bringen.

Bremen braucht ein Gesamtverkehrskonzept, das die Systemvorteile der einzelnen Verkehrsträger ökonomisch, aber auch ökologisch nutzt und miteinander verknüpft. Alle Verkehrsträger haben bestimmte Vorteile. Das Auto ist im flachen Land dem Fahrrad vielleicht überlegen, deswegen muss das Auto mit dem Fahrrad verbunden werden.

Herr Pflugradt, Sie fordern immer Einzelmaßnahmen. Einzelmaßnahmen werden das Problem nicht lösen, höchstens abmildern. Wir brauchen also eine Verkehrspolitik und müssen nicht darüber reden, ob die Anzahl der Fahrspuren ausreicht. Ich habe scherzhaft gesagt, wir können ja die A 27 sechsspurig ausbauen, in drei Jahren bauen wir sie achtpu-

- (A) rig und dann zehnspurig oder zwölfspurig, bis sie so breit wie lang ist. Das hat letztendlich keinen Sinn.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. P f l u g r a d t [CDU]:
Also wollen Sie sie nicht, oder wie?)
- Wir wollen sie, das habe ich doch eben gesagt! Kurzfristige und mittelfristige Maßnahmen mildern die Probleme.
- Langfristig, dazu komme ich jetzt, müssen Frachtverkehre auf die Schiene oder auf den Wasserweg verlagert werden.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- Das gilt insbesondere für Containerverkehre, aber auch für andere Verkehre. Die Zugverbindungen müssen verbessert werden.
- (Zurufe von der CDU)
- Muss ich Ihnen erst erklären, was in Berlin läuft? Das mache ich, kein Problem! Das Schienennetz wird ausgebaut, UMTS-Milliarden werden dafür eingesetzt, dass das Schienennetz ausgebaut wird.
- (B) (Zuruf des Abg. K a s t e n d i e k [CDU])
- Sie haben 16 Jahre mit der Bahn nichts gemacht, außer sie zu privatisieren und stillzulegen! Okay, das ist aber Ihr Problem!
- (Beifall bei der SPD – Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Sie haben drei Jahre nichts zustande gebracht!)
- Wir haben in Berlin in zwei Jahren vielfach mehr erreicht, als Sie in 16 Jahren kaputt gemacht haben!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Zurufe von der CDU – Abg.
K a s t e n d i e k [CDU]: Glauben Sie das eigentlich selbst?)
- Stadtauto, Citylogistik, Fahrradverkehr, Park and ride, das sind unsere Maßnahmen, die wir brauchen. Verkehrsmanagement ist notwendig, Mobilitätszentralen sind einzurichten.
- Der Verkehrsunterricht fängt in den Schulen an. Dort müssen die Kinder und Jugendlichen schon darauf hingewiesen werden, dass man eben nicht nur mit einem Auto, an dem ein Stern oder ein anderes
- Zeichen ist, in der Gegend herumfahren kann, sondern dass es auch andere Verkehrsmittel gibt, die man benutzen kann,
- (C) (Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Durften Sie gestern nicht reden, oder warum holen Sie das Thema heute wieder vor?)
- und man bleibt dabei mobil.
- (Zurufe von der CDU)
- Ich weiß ja, dass Sie das ärgert, das ist aber Ihr und nicht mein Problem!
- Das Ziel ist die Verbesserung der gesamten Verkehrsinfrastrukturen.
- (Glocke)
- Ich komme zum Schluss! Das Ziel ist die Entzerrung von Verkehren, Verlagerung von Frachten auf den optimalen Verkehrsträger, Steuerung der Verkehrsabwicklung, Verkehrsvermeidung. Herr Pflugradt, es gibt einen Grundsatz und einen Spruch: Man steht nicht im Stau, man ist der Stau! – Schönen Dank!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- (D) **Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.
- Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Pflugradt, ich verstehe zwar, dass Sie sich ärgern, wenn Sie im Stau stehen. Mein Eindruck ist aber, dass Sie hier eine Große Anfrage gestellt haben, um Frau Wischer zu ärgern. Der größte Teil Ihrer Rede ist, glaube ich, nicht Sache des Landesparlaments,
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)
- hier über Ampelschaltungen und Reparaturen auf der A 27 zu reden!
- Zum Herrn Kollegen Jägers möchte ich sagen: Kollege Jägers, ich unterstütze ausdrücklich das, was Sie hier zur Verkehrspolitik gesagt haben. Sie könnten glatt Mitglied beim Bündnis 90/Die Grünen werden, denn das sind alles unsere Positionen, die wir seit Jahren vertreten. Wir hätten uns gewünscht, dass das gestern in der großen Verkehrsdebatte eine größere Rolle auf der Seite der SPD gespielt hätte. Das sind nämlich die richtigen Argumente.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)
- *) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Meine Damen und Herren, aus der Antwort des Senats auf die Große Anfrage zur Reparatur geht vor allem eines hervor: Reparatur von Autobahnen ist sehr teuer! In den letzten Jahren seit 1994 hat die Reparatur der A 27 über fünf Millionen DM gekostet. Auf einen Punkt möchte ich hinweisen, es sind gerade die Schwerlastler, die Schäden verursachen. Verkehrsminister Bodewig hat neulich gesagt, dass ein einziger Schwerverkehrslaster den Straßenbelag genauso belastet wie 60 000 Pkw. Das hat Kollege Jägers auch schon gesagt. Gerade weil das so ist, ist die Lkw-Maut ein längst überfälliger Schritt in die richtige Richtung, und ich begrüße sehr, dass demnächst auch der Lkw-Verkehr an den Kosten beteiligt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es geht um die Verkehrspolitik der nächsten Jahre. Kollege Pflugradt, wenn ich verstehe, wie die CDU damit zukünftig umgehen will, dann scheint Ihre Lösung für das prognostizierte Verkehrswachstum zu sein: Wir unterwerfen uns dem, soundso viel Zunahme des Lkw-Verkehrs, die Zahlen hat Herr Jägers genannt. Das ist aber nicht die Lösung! Wir können keine Verkehrspolitik betreiben, die einzig und allein darauf setzt, immer mehr Autobahnen auszubauen, sondern umgekehrt wird ein vernünftiges, umweltverträgliches Verkehrskonzept daraus, wenn wir alle Kraft daran setzen, etwas dagegen zu tun, dass dieser Lkw-Verkehr immer weiter wächst.

(B)

Darum ist es wichtig, dass auch Bremen damit anfängt und nicht immer sagt, als Erstes sehen wir einmal, wie wir weitere Gelder für den Autobahnausbau gewinnen. Nein, wir Grünen sagen, wir wollen zunächst einmal präzise Daten für Bremen und die Region! Wer fährt eigentlich wann warum welche Strecken, und wie kann man es schaffen, dass man unsinnigen Güterverkehr vermeidet und auf umweltverträglichere Transportträger wie Bahn und Schiff verlagert? Das muss ein Ziel auch Bremer Verkehrspolitik sein!

Deswegen, Kollege Pflugradt, geht es nicht darum, immer nur die Hand aufzuhalten, auch in Richtung Bund, und ganz besonders stolz zu sein, wenn der Bundesverkehrsminister verspricht, nun kommen wieder neue Millionen. Jede Million, die Sie hier zusätzlich für den Ausbau von Autobahnstrecken ausgeben, verlieren wir für den Aufbau eines sinnvollen, alternativen Verkehrskonzeptes, das die Umwelt schont, den CO₂-Ausstoß reduziert, die Menschen von Abgasen, Lärm und Gestank entlastet, statt neu zu belasten, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Sieling [SPD]: Gilt das auch für die A 281?)

Kollege Sieling, das haben wir hier debattiert, gerade weil die A 281 ja den Autobahnring schließen soll, das ist ja nicht unser Problem, aber dann will ich auch gern untersucht haben, wie sich diese Schließung des Autobahnringes zukünftig auf den Verkehr auswirken wird! Nicht erst wieder ausbauen,

(C)

(Abg. Frau Lemke - Schulte [SPD]: Das ist doch vor Jahren untersucht worden!)

sondern doch erst einmal genau prüfen, wie es sich auswirkt, ob es geschafft wird, Verkehr zu verlagern, statt wieder 100 Millionen DM in den sechsspurigen Ausbau der A 27 zu stecken!

Noch ein letztes Wort! Kollege Pflugradt, warum der Bundesverkehrswegeplan immer noch in der Mache ist, Sie haben das gestern kritisiert, hat genau den Hintergrund, dass sich offensichtlich alle Bundesländer so verhalten, wie Sie es hier wieder vorschlagen, nämlich immer neue Straßenausbaumittel beantragen. Ich sage immer, Bayern hat Verkehrsprojekte beim Bundesverkehrswegeplan für 100 Jahre angemeldet, Nordrhein-Westfalen für die nächsten 80 Jahre! Es kann nicht die richtige Verkehrspolitik sein, immer nur auf den Ausbau weiterer Verkehrsinfrastruktur, die dem Ausbau des Lkw-Verkehrs dient, zu setzen, sondern wir müssen eine Kehrtwende in der Verkehrspolitik schaffen, und die kann es offensichtlich mit der CDU hier nicht geben. – Herzlichen Dank!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krusche, es ist doch gar keine Frage, dass auch wir in Bremen ein Verkehrskonzept anstreben, das die verschiedenen Verkehrsträger, die wir haben, intelligent miteinander verbindet. Tun Sie doch nicht so, als würde das in Bremen nicht gemacht! Wir setzen hier insbesondere auch auf den ÖPNV. Wir haben mit Car-Sharing und Fahrradwegesystem unendlich viel getan, um sozusagen auch einen ausgewogenen Bereich hinzubekommen.

Es ist doch keine Frage, wir können ja nicht die Augen davor verschließen, dass die A 27, insbesondere in dem Teilstück zwischen Freihafen und Burglesum, ein unglaublich belasteter Straßenzug ist, der inzwischen ja auch, allein weil seine Dimensionierung nicht ausreicht, zu erheblichen Unfällen mit einem erhöhten Unfallaufkommen an dieser Stelle beiträgt, weil es eben durch diese schlechte Dimensionierung hier zu Staus und dadurch auch leichter zu Auffahrunfällen kommt. Insofern muss man also auch an dieser Stelle etwas tun, und ich denke, dass es ein guter Erfolg war.

(A) Nur um das noch einmal zu präzisieren: Ich lege schon großen Wert darauf, dass die Mittel, die wir jetzt vom Bundesministerium für Verkehr zugesagt bekommen, ein Erfolg dieser Legislaturperiode sind.

(Beifall bei der SPD)

Es war schon richtig, dass dieses Teilstück immer im Bundesverkehrswegeplan stand, aber der Bund hat immer gesagt, nein, wir finanzieren bestenfalls die A 281, aber nichts Zusätzliches. Herr Pflugradt, um das noch einmal deutlich zu machen, es ist in dieser Legislaturperiode gelungen, von den 15 Millionen DM auf inzwischen 60 Millionen DM zu kommen und damit nicht nur die A 281, sondern auch den jeweils dreispurigen Ausbau der A 27 auf dem besagten Teilstück zu finanzieren. Insofern gehe ich nicht davon aus, Frau Krusche, dass Herr Pflugradt mich ärgern wollte, so etwas liegt ihm immer sehr fern,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

sondern ich nehme immer an, er wollte mir eine Plattform geben, um hier noch einmal die Erfolge des Senators für Bau in dieser Legislaturperiode auch entsprechend selbstbewusst herauszustellen.

(B) (Beifall bei der SPD)

Zu dem Teil, den Sie nun angesprochen haben, und zu dem Sie, Herr Pflugradt, gesagt haben, Sie akzeptieren das Baustellenmanagement nicht! Ich sage Ihnen deutlich, ich akzeptiere Ihre pauschale Kritik an dieser Stelle nicht, denn ich denke, wenn man betrachtet, was wir zurzeit an Baustellen in Bremen mit den erheblichen Auswirkungen auf die Autofahrerinnen und Autofahrer haben, die darunter leiden, dann muss man aber sagen, dass wir nicht den Stau, sondern in diesen Bereichen tatsächlich unsere Verkehrssituation verbessern wollen. Wir haben so viele Baustellen unter dem Aspekt, wir wollen wirtschaftlich an vielen Stellen ein Mehr haben. Insofern ist die Baustelle auf der einen Seite ein Ärgernis für jeden, der in durch Baustellen ausgelöste Staus kommt, auf der anderen Seite ist es, und das wird in anderen Städten sehr selbstbewusst vertreten, auch ein Zeichen für den wirtschaftlichen Aufschwung einer Stadt, das heißt also ein gutes Zeichen dafür, dass in einer Stadt etwas passiert, und das gilt auch für Bremen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern ergreife ich, lieber Herr Pflugradt, gern die Gelegenheit zu sagen, dass wir inzwischen in Bezug auf die vielen Baustellen in Bremen durchaus Besucher anderer Städte hier haben, die sehen, wie wir das Baustellenmanagement in Bremen ma-

chen. Ich ergreife die Gelegenheit, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses, die mit unglaublichem Engagement ein sehr kompliziertes Baustellenmanagement organisieren und sehen, wie man verschiedene Teile aufeinander abstimmen, mit den Beteiligten, die dazu gehören, schnelle und zügige Lösungen entwickeln und die Baustellen schnell abwickeln kann, an dieser Stelle meinen herzlichen Dank zu sagen, denn es ist ein unglaublich kompliziertes Geschäft!

(Beifall bei der SPD)

Jeder, und Sie wissen das aus unseren Deputationsbefassungen, der die Koordinierung dieser unterschiedlichen Baustellen, sowohl in der Innenstadt als auch auf der Autobahn vor Augen hat, sieht, in dem Moment, wo ich das eine verschiebe, verschiebe ich auch ganz viel anderes. Insofern ist es eben die Frage, ob man B 74 und Autobahnsanierung an diesem Stück, ob man das eine verschiebt, und wie lange man es dann verschiebt, denn zwischendurch kommen andere Wirkungen.

Sie wissen das alles, Herr Pflugradt. Es ist ohne Zweifel eine Belastung an dieser Stelle gewesen, insbesondere auch für Sie, wenn Sie aus Bremen-Nord kommen. Ich denke aber, im Sinne einer zügigen Erledigung dieser Reparaturen war es sinnvoll und notwendig, es an dieser Stelle zu machen.

Zum Bereich Stapelfeldtstraße/Ludwig-Plate-Straße, der ja zu einem Handicap geworden ist! Das war keine Baustelle auf der Stapelfeldtstraße, sondern da ging es um die zügige Erschließung des Hafengebietes. Auf diese Art und Weise ist dann eine Panne entstanden, und vor Pannen ist die beste Organisation nicht gefeit.

Nicht verwiesen haben Sie darauf, dass wir die bisherige Baustellenabwicklung auf der A 27 doch sehr positiv hinbekommen haben. Wir haben eine zweispurige Verkehrsführung pro Richtung gewährleistet, also auch an dieser Stelle alle Bemühungen unternommen, die Stausituation so weit wie möglich zu verhindern und so zügig wie möglich eine Baustelle abzuwickeln.

Ich darf auch noch einmal darauf hinweisen, Herr Pflugradt, ich verstehe das immer, es geht mir natürlich auch so, wenn ich an einer Baustelle vorbeifahre und da ist niemand zu sehen, dann fragt man sich: Spinnen die? Der Punkt ist aber der, dass wir in der Tat, und das ist von Herrn Jägers angesprochen worden, bei dieser Plattensanierung das Problem haben, dass 36 Stunden lang da nichts passieren darf, weil man sonst mit der Arbeit wieder von vorn anfangen kann. Das heißt, über 36 Stunden passiert da nichts.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Das müsste Herr Pflugradt eigentlich wissen!)

(C)

(D)

(A) Ein Autofahrer, der da vorbeifährt, denkt, es würde nicht gearbeitet. Inzwischen gehen wir ja schon dazu über, dies mit Schildern zu beschreiben, damit jedem klar wird, hier wird nicht gefaulenzt oder aus Schikane nichts getan, sondern an dieser Stelle muss der Zement trocknen, damit er am Ende nicht schon wieder kaputt ist. Wir haben uns gerade auf diesen Teilstücken bemüht, Herr Pflugradt, die Baustellenarbeiten zum Wochenende oder in der Nacht zu machen, so dass zum Montagmorgen die Verkehre wieder fließen können. All dies ist von den Koordinatoren, die dies machen, immer wieder ins Kalkül gezogen und aufgenommen worden.

Baustellen, so gern ich es möchte, ohne Handicap und Beeinträchtigung werden wir nicht hinbekommen. Immer gibt es natürlich auch Möglichkeiten, dass man etwas noch besser macht. Insgesamt glaube ich aber, dass von diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die das Baustellenmanagement in Bremen machen, eine hervorragende Arbeit geleistet wird. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

(B) Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte doch noch zwei, drei Bemerkungen zu dem machen, was hier an Argumenten gekommen ist. Als Erstes geht es nicht um meine Person, ob ich da im Stau stehe oder nicht!

(Abg. Dr. **Sieling** [SPD]: Aber wir müssen dann warten, wenn du zu spät kommst!
– Heiterkeit)

Aber es liegt leider nicht immer nur daran!

Frau Krusche, es geht doch nicht darum, ob da jemand im Stau steht. Staus gibt es überall einmal. Es geht darum, dass Sie auch sagen, das ist doch hier nicht landtagsreif, Sie als Grüne, wenn da 17 Kilometer Staus sind, sich dafür nicht interessieren! Ich dachte, Sie würden sich ein bisschen für Umweltschutz interessieren! Staus produzieren Umweltverschmutzung,

(Beifall bei der CDU)

wenn sie zu vermeiden sind, sollten wir sie vermeiden!

Frau Wischer und Herr Jägers, ich habe nicht davon geredet, dass Bauarbeiter faulenzen oder wie auch immer, ich habe nicht davon geredet, dass es bestimmte technische Dinge gibt, wie lange Baustellen sein müssen. Das ist doch gar keine Frage. Davon redet gar keiner. Man kann auch etwas bewusst verdrehen!

(Abg. **Jägers** [SPD]: Halte dich zurück!)

(C) Ich habe überhaupt nicht die Länge – -. Lieber Kollege, dann lesen Sie das doch einmal nach! Oder haben Sie mir hier bewusst etwas Falsches unterstellt? Das will ich gar nicht annehmen! Ich habe nicht von den Bauarbeiten auf der A 27 an sich geredet.

(Zuruf des Abg. **Jägers** [SPD])

Ja, im Zusammenhang mit dem Herdentorsteinweg! Vielleicht haben Sie es immer noch nicht kapiert: 1994 diese 80 Meter – Frau Lemke-Schulte kann Ihnen das genau erzählen, sie erinnert sich sehr gut daran –, da gab es eine richtige Staukampagne in der Innenstadt, weil die Geschäftsleute nicht eingesehen haben, dass an 80 Metern wochenlang gearbeitet wird. Als Herr Dr. Schulte die 800 Meter am Bahnhofsvorplatz hat bauen lassen, gab es diesen Ärger nicht. Warum nicht? Weil am Wochenende gearbeitet wurde,

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/
Die Grünen)

weil es endlich einmal Powerbaustellen gegeben hat, genauso wie bei dem ersten Bauabschnitt der Linie vier. Wenn die Leute merken, dass durch Powerbaustellen so zügig wie möglich gearbeitet wird, akzeptieren sie Baustellen auch. Baustellen an sich sind doch nichts Schlechtes. Sie sind, ich unterstreiche, was Frau Wischer sagt, etwas Gutes, das ist doch gar keine Frage!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir würden uns freuen, würde hier noch mehr Schwung in diese Stadt hereinkommen. Daran arbeiten wir ja gemeinsam.

Sie sagen, da bin ich beim nächsten Thema, Frau Krusche, präzise Daten, wer wann und warum fährt, und deswegen sollten wir erst einmal die A 281 abwarten. Fragen Sie doch einmal das Publikum: Wer möchte denn von denen, die da oben sitzen, Ihnen sagen, wann und warum sie fahren? Ich glaube, das ist eine Zumutung! Ich würde Ihnen das nicht sagen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wissen Sie, das sind so alte Ampelzeiten: erst einmal prüfen, dann vertagen und dann wieder diskutieren, wieder streiten und dann immer noch kein Ergebnis, aber anschließend die Idee haben! Sie wollen doch nur die A 27 nicht verbreitern, weil Sie meinen, sich draußen beliebt zu machen. Ich sage Ihnen das Gegenteil voraus. Wer eine Verkehrspolitik macht, wie sie in früheren Zeiten einmal betrieben wurde,

(Abg. Frau **Stahmann** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Stichwort war Güterverkehr!)

(A) gegen das Auto, und die Leute möglichst noch per Zwang in den ÖPNV zu treiben, der macht eine Politik an den Menschen vorbei!

(Beifall bei der CDU)

Die Menschen wollen selbst entscheiden, was sie machen, wie sie fahren und womit sie fahren.

Im Übrigen will ich noch einmal deutlich sagen, als Sie in der Regierung waren, von 1991 bis 1995, ist keine einzige Buslinie hier in Bremen verlängert, ist kein einziger Meter Straßenbahnschienen gebaut worden. Erst nach 1995 ist es losgegangen, das will ich Ihnen auch noch einmal so nebenbei sagen!

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/
Die Grünen)

Herr Jägers, Sie haben zwar die Debatte von gestern nachgeholt, vielleicht durften Sie gestern ja nicht reden, aber eines will ich doch einmal sagen: Mit der Bahn, das habe ich Ihnen eben schon einmal hochgehalten, Sie können ja sagen, und vielleicht hört es sich draußen ganz gut an, und vielleicht überzeugen Sie ja noch, dass bei der Bahn 16 Jahre lang nichts getan wurde. Ich frage mich bloß, warum wirbt die Bahn heute noch, in diesem Jahr noch – vom 19. April 2001 habe ich zum Beispiel eine Anzeige – „Die Deutsche Bahn wird zwischen 1994 und 2005 rund 180 Milliarden DM investiert haben.“? Warum sagt man zum Beispiel von der Bahn im Jahr 2001, dass man seit 1994 schon soundso viele Milliarden DM investiert hat, und Sie stellen sich hin und sagen, die Bahn hat nichts gemacht, da ist nichts passiert? Das ist doch schlicht nicht wahr! Das können Sie aus dieser Anzeige ersehen, nur einmal als ein kleines Argument zu dem, was Sie so ausgeführt haben!

(Beifall bei der CDU)

Dann kam Frau Krusche und sagte, die Bayern haben für die nächsten 100 Jahre Verkehrsprojekte angemeldet, Nordrhein-Westfalen hat für die nächsten 80 Jahre Verkehrsprojekte angemeldet. Wissen Sie, das sind kluge Leute, die das gemacht haben! Warum machen sie das? Wir alle wissen gemeinsam, dass Verkehrsprojekte manchmal zehn, 15 Jahre dauern. Die haben sie angemeldet, und sie machen auch noch ein Nächstes: Sie sorgen auch noch für die Planreife dieser Verkehrsprojekte. Wir alle gemeinsam wissen, immer wieder gibt es beim Verkehr Reste im Bundeshaushalt, und dann schnappen die zu, wenn andere Länder schlafen, wie zum Beispiel Bremen.

Bremen hat nach dem Krieg bis zum ersten Bauabschnitt der A 281 keinen einzigen Meter Autobahn gebaut, obwohl uns jährlich mindestens 20

Millionen DM für den Autobahnbau zur Verfügung standen. (C)

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Wie ist denn die A 27 gebaut worden?)

Wir haben 30, 40 Jahre lang keine Mittel abgefordert, weil wir keine fertigen Pläne hatten. Frau Wischer kann natürlich heute stolz sagen, in dieser Legislaturperiode hat sie aus Berlin das Geld bekommen können. Sie hat es deswegen bekommen können, weil wir diese Methode angewandt haben, die die Bayern seit Jahren praktizieren, nämlich fertige Pläne zu haben – die Planreife zum sechsspurigen Ausbau der A 27 ist im nächsten Jahr gegeben –, und deswegen konnte sie das Geld bekommen. Wenn es 1995 nach ihrem eigenen Wunsch bei den Koalitionsverhandlungen gegangen wäre, ich war ja dabei, wir haben zusammen im Rathaus gesessen, da wollte sie den sechsspurigen Ausbau der A 27 nicht! Wir haben gesagt, dass das für uns ein wichtiger Punkt ist, und haben das durchgesetzt! Nun kann sie heute feiern, dass sie für das, was sie damals nicht wollte, Geld besorgt hat.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein schöner Erfolg, den wir gemeinsam erzielt haben. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU) (D)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Erziehungshilfen für Familien

Mitteilung des Senats vom 18. September 2001
(Drucksache 15/825)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Adolf.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Striezel.

Abg. Frau **Striezel** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Debatte kann man wieder unter der Überschrift führen, was lange währt, wird gut, denn der Antrag der Koalitionsfraktionen

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) CDU und SPD ist vom 27. April 2001, und heute, im Oktober, debattieren wir die Antwort. Aber manchmal braucht man so lange, um dann auch zu entsprechenden Ergebnissen zu kommen.

Ich würde aus heutiger Sicht die Debatte eigentlich lieber überschreiben wollen mit: „Starke Kinder, starke Familien“, angesichts der aktuellen Situation. Da meine ich nicht nur das, was sich nach dem 11. September für die Kinder in dieser Welt darstellt, nämlich Gewalt, Krieg und Hungersnot in der Welt, sondern auch, was wir leider täglich in unserem Umfeld erfahren, welchen Gefahren Kinder ausgesetzt sind in der Freizeit, in der Schule et cetera. Ich will nicht weiter auf die Details eingehen, aber ich glaube, dass ein Ergebnis davon sein muss und sein kann, dass wir starke Kinder brauchen und starke Familien dazu. Deswegen komme ich zu dieser abgewandelten Überschrift.

Wir haben ja nur so wenig Zeit bei dieser Debatte, das finde ich ein bisschen schade bei dieser Wichtigkeit. Wir haben eben eine Debatte gehabt, da gab es sehr viel Zeit, und ich hätte mir für dieses Thema, für Familien, mindestens genauso viel Zeit gewünscht, weil ich glaube, das wäre der Sache angemessen gewesen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Zuruf des Abg. K l e e n
[SPD])

(B) Ja, das haben wir alle miteinander nicht vereinbart. Nein, ich habe nicht genug Zeit, ich glaube, der Präsident passt da auf!

Ich will mich deshalb eng an die Antwort halten, die wir auf unseren Antrag als Mitteilung des Senats bekommen haben. Die erste Frage beinhaltet die Anforderung an die Bundesebene. Da haben wir eine sehr kurze Antwort bekommen, über die ich mich eigentlich auch nicht weiter auslassen muss. Ich finde sie sehr unbefriedigend, das will ich deutlich sagen. Ein wichtiger Ausgangspunkt für diese Diskussion war ja das Thema „Ächtung der Gewalt in der Erziehung“, das ist in Berlin gemacht worden. Dann bekommen wir auf unsere Frage zur Bundesebene ein paar Sätze dazu geschrieben.

Wenn in Berlin nicht mehr zu dieser Gesetzesänderung auf den Weg gebracht wird außer Plakate, die wir gehabt haben, die aber wirklich nichts bewegen, außer dies vielleicht ein bisschen bekannt zu machen – manche waren auch noch missverständlich –, das ist jedenfalls deutlich zu wenig, was Berlin zu diesem Thema, wenn es das ernst nimmt, begleitend auf den Weg bringen kann. So geht es nicht, da müssen wir sehen, dass wir besser sind!

Das sind wir auch, weil in den Antworten zwei und drei deutlich mehr geschrieben steht, allerdings aber auch deutlich wird, welche unzureichende Situation wir hier letzten Endes in Bremen als Aus-

gangslage haben, obwohl es eine Menge gibt. Es ist aber wenig miteinander verzahnt, es gibt wenig Informationen untereinander, wer eigentlich was macht und warum und wieso und wie man möglicherweise weiterhelfen kann und weitervermitteln kann.

In diesem Fall gilt das Stichwort Vernetzung. Da müssen wir eine ganze Menge tun, und das ist Gott sei Dank ja inzwischen auch schon auf den Weg gebracht. Ich glaube, das ist mindestens eine wirklich wichtige erste Voraussetzung. Wir haben inzwischen eine Broschüre, in der alle Bildungsveranstaltungen, die im Bereich der Familie angeboten werden, enthalten sind. Unter dem Stichwort „Erziehung ist (nicht) kinderleicht?!“ Ich glaube, das trifft es ganz gut, denn diese Diskussion führen wir ja auch schon seit langem in dieser Gesellschaft.

Ich will zwei Absätze aus der Antwort des Senats zu der Frage zwei zitieren, weil ich glaube, dass sie ganz aussagekräftig sind: „Es gilt daher, eine tragfähige und dauerhafte Lösung zu finden, diese Angebote zusammenzuführen und nachfragegerecht an den Stellen auszubauen, an denen für die verschiedenen Zielgruppen in gemeinsamer Aufbauarbeit neue methodische Zugangswege im Rahmen der präventiven Arbeit entwickelt und Familien dafür gewonnen werden sollen.“ Das, finde ich, ist eine wichtige Aussage, die wir uns, glaube ich, auch alle zu Eigen machen können.

Es geht dann weiter: „Dies lässt sich auch unter finanziellen Aspekten nur unter enger Bündelung, Vernetzung und Schwerpunktbildung aller vorhandener Angebote in Verbindung mit einem niedrigschwellig organisierten Zugang, einer hohen Durchlässigkeit zu den verschiedenen professionellen Hilfesystemen im Bereich Jugend, Soziales, Gesundheit und Bildung durch eine bürgerfreundliche Organisationsform erreichen.“

Das sind auch kluge Sätze. Die Frage ist nur: Was will uns der Dichter damit sagen? Was steckt eigentlich dahinter, was folgt daraus? Da müssen wir eben sehr genau die fachliche Diskussion, die wir unter diesem Gesichtspunkt zu führen haben, mit begleiten, aber möglicherweise auch selbst anregen.

Ich will ein weiteres Zitat aus der Antwort zu Frage drei zum Besten geben, weil ich ja weiß, dass nicht alle die Gelegenheit hatten, diese Antwort so intensiv zu lesen: „Der Staat erklärt mit dem Gesetz nunmehr die Anwendung elterlicher Gewalt für unzulässig und verpflichtet die Jugendhilfeträger konsequenterweise, die Eltern mit diesem Verbot nicht allein zu lassen, sondern ihnen Wege aufzuzeigen, wie Konfliktsituationen in der Familie gewaltfrei gelöst werden können.“

Das ist meines Erachtens eine der Kernaussagen, die in all den Diskussionen, die wir zu diesem Thema geführt haben, immer wieder deutlich gemacht werden sollen: Es nützt nichts, ein Gesetz zu ändern,

(C)

(D)

(A) wenn ich nicht den Eltern Handlungsweisen und Möglichkeiten aufzeige, wie sie denn mit dieser veränderten Situation auch umzugehen haben.

Jetzt kommen wir auf das Neue! Ich will hier keinen allumfassenden Vortrag zu diesem Thema halten, weil es die Zeit nicht zulässt, deswegen konzentriere ich mich auf das, was wir versuchen, hier an neuen Ideen zu entwickeln, und ich habe schon öfter einmal in diesem Bereich zu einem Ideenwettbewerb aufgerufen. Bisher habe ich nicht so wahn-sinnig viele neue Ideen zur Kenntnis genommen. Für uns ist es aber wichtig, dass wir da überlegen, wie wir denn diese Informationen und diese Bildungsinhalte, die dafür ermittelt werden müssen, an die Familien heranbringen.

Ich will noch einmal sagen, Senator Dr. Böse hat das für mich sehr deutlich gesagt, Familien sind kein rechtsfreier Raum. Ich finde, das gilt für unsere Politik natürlich ganz genauso wie für die innere Sicherheit und das, was die Polizei in diesem Bereich zu tun hat, und steht eng in Verbindung mit dem Thema „Ächtung der Gewalt in der Erziehung“. Das ist, glaube ich, auch für alle ersichtlich.

(B) Für uns als CDU ist immer schon der Schwerpunkt im Bereich der Erziehungshilfe in der Prävention gewesen. Durch die Umsteuerung sind wir da ein ganzes Stück weiter, und wir können, glaube ich, da jetzt einen weiteren Baustein implantieren. Das würde mich sehr freuen.

Zur Frage der Unterstützung der Eltern bei der Erziehung will ich auch noch einmal sagen, es hieß immer einmal wieder, alles kann man in Deutschland erst machen, wenn man eine Prüfung abgelegt hat, nur Kinder erziehen kann man so, ohne dass man – –.

(Zuruf der Abg. Frau S t a h m a n n
[Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, es gibt diesen Elternführerschein, der immer wieder als Schlagwort kommt, den ich natürlich nicht einführen will. Die Diskussion aber, das zeige ich damit auf, ist schon uralte, und wir sind vielleicht noch nicht so weit vorangekommen, wie wir es eigentlich für richtig halten, zumal sich das Kindsein in unserer veränderten Welt doch auch anders darstellt, als es noch vor zehn, 20 oder 30 Jahren gewesen ist, und wir darauf auch reagieren müssen.

Weiter möchte ich als Leitmotiv sagen, dass mir die Kommunikation in der Familie, aber auch der Familien untereinander ganz wichtig ist. Ich glaube, dass wir in diesem Bereich aus vielerlei Gründen, die ich jetzt nicht alle anführen kann, ein Stück verarmen, wir weniger miteinander kommunizieren, weniger miteinander reden und dafür vielleicht auch neue Räume schaffen müssen, damit man diese Lü-

cken dann vielleicht auf andere Art und Weise schließen kann.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt
den Vorsitz.)

In der Antwort kann man erkennen, dass von zirka 60 000 Familien zurzeit lediglich 2000 die Möglichkeiten der institutionellen Familienbildung wahrnehmen. Ich finde, das ist erheblich zu wenig, zumal 2000 Fälle nicht gleichzeitig 2000 Familien sind. Es gibt Familien, die sehr aktiv sind und viel öfter solche Angebote wahrnehmen, und es gibt vor allem viel zu viele Familien, die wir überhaupt nicht erreichen. Für mich ist das auch nicht so tragisch. Mein Hauptgedanke liegt nicht darin, einen finanziellen Anreiz zu schaffen, der dann so etwas wie Mitnahmeeffekte erzielen wird. Mein Hauptproblem bei diesen Zahlen ist nicht, die Familien zu belohnen, die etwas für sich tun und damit auch nachher die entsprechende Hilfsangebote, die wir im Bereich der Jugendhilfe machen, nicht in Anspruch nehmen müssen. Damit habe ich keine Schwierigkeiten.

In anderen Bereichen machen wir das auch, es gibt zum Beispiel die Anreizsysteme im gesundheitlichen Bereich. Als die Vorsorgeuntersuchungen entwickelt wurden – ich weiß nicht, wer sich von Ihnen erinnert –, gab es auch eine Menge materielle und immaterielle Anreize, damit diese Vorsorgeuntersuchungen für Kinder in Anspruch genommen werden, weil man zur Erkenntnis gekommen ist, von allein passiert flächendeckend einfach zu wenig. Das gilt für diesen Bereich auch. Deswegen sind mir alle Ideen und Anreize recht, die dazu beitragen, dass wir zu einer besseren Teilnahme kommen.

Die Modellversuche „Orte für Kinder“ waren hilfreich. Ich sehe gerade, die Lampe leuchtet, ich wollte mir noch zwei Minuten aufbewahren, um möglicherweise zu reagieren. Ideen sind gefragt. Das Geld spielt eine wichtige Rolle, das ist überhaupt keine Frage. Ich möchte gern, dass wir drei Millionen DM aus dem Erziehungshilfehaushalt für diesen Teil reservieren, und will feststellen, dass im Jahr 2000 noch eine Million DM für allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie im Haushalt gewesen ist. Ansonsten müssen wir über Wettmittel nachdenken, die wir auch noch haben. Ich finde, wir sollten darüber reden, wie wir das wichtige Thema dann auch finanziell entsprechend unterfüttern. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort Frau Abgeordnete Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Der Antrag, der uns mit der Antwort des Senats

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) wieder zugeleitet wurde, dreht sich um die Fragestellung: Was biete ich an Hilfestellung für Familien in Erziehungsfragen an? Wo und wie erreiche ich die Familien am besten? Ich möchte in meinem Redebeitrag drei Aspekte ansprechen.

Der erste Aspekt bezieht sich auf das Thema Erziehungshilfen für Familien nichtdeutscher Herkunft. In diesem Punkt möchte ich darum werben, dass hier die angekündigte Bestandserhebung der bestehenden Beratungs- und Bildungsangebote, die der Senat machen möchte, auch diesen Aspekt einbezieht. Ich glaube, es ist ganz wichtig, in einen Dialog über die Kindererziehung zu treten und ihn auch für Familien mit einem anderen kulturellen Hintergrund zu öffnen.

Ich denke, das ist auch das, was wir in der Jugendhilfe häufiger schon thematisiert haben. Wir brauchen eine verstärkte interkulturelle Qualifizierung von Erzieherinnen, Pädagogen und Familienberatern, so wird es mir häufig angetragen. In vielen Kindergärten wird der Wunsch geäußert, dass für eine bessere Beratung und Kooperation mit den Eltern zum Beispiel türkische Erzieherinnen und Erzieher im Team super wären.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Ich finde, hier sollte eine gezielte Förderung passieren. Gleichmaßen ist es meiner Meinung nach wichtig, dazu werden wir beim zweiten Aspekt kommen, dass Informationsmaterialien mehrsprachig aufgelegt und gezielt verbreitet werden. Wir haben bereits einmal an dieser Stelle angeregt, auch die Kooperation zu den Kinderärzten im Land Bremen zu suchen. Ich denke, dort werden die Kinder häufiger vorstellig, wie es so schön heißt. Die Voruntersuchungen werden regelmäßig durchgeführt, jedenfalls bei dem größten Teil der Kinder, und da kann eine Kooperation und Beratung der Eltern erfolgreich sein.

Dann spricht die Antwort des Senats oder auch das Anliegen von Frau Striezel das Thema Bildungsfinanzierung und Bildungsgutscheine an. Die Eltern sollen Gutscheine für Elternkurse bekommen. Der Deutsche Kinderschutzbund in Bremen bietet das bereits für Familien an, und das wird auch nachgefragt. Bisher ist es keine rasende Nachfrage, aber ich denke, die Eltern, die an den Elternkursen teilnehmen, sind auch mit der Qualität des Angebotes sehr zufrieden. Das Thema Bildungsgutscheine und Bildungsfinanzierung wird auch bei Bündnis 90/Die Grünen intensiv diskutiert. Wir favorisieren Modelle, bei denen die Eltern eine größere Wahlfreiheit zugestanden bekommen, da sind wir uns mit der CDU häufig sehr nahe. Wir wollen nicht, dass von einer Bildungsfinanzierung in erster Linie die Institutionen profitieren, sondern die Wahlfreiheit soll schon bei den Eltern liegen.

Allerdings bin ich der Überzeugung, dass diese Gutscheine nur ein Teil der Eltern erreichen. Skeptisch bin ich auch aufgrund der Erfahrungen in anderen Bundesländern. Mir kam ein Beispiel aus Hamburg in den Sinn, das ist ein anderer Bereich, dort hat der Bildungssenator Bildungsgutscheine an Schüler verteilt, weil nicht genügend Sportlehrer in Hamburg vorhanden waren. Die Schüler wurden darum angehalten, in Sportstudios zu gehen, weil man dachte, das spricht die Jugendlichen sehr an. Die Nachfrage war aber nicht so gut. Es gab nicht die Vielzahl von turnenden Jugendlichen in Fitnesskursen von Sportstudios, sondern die Teilnahme war eher gering. Die Teilnehmerzahlen lagen an einigen Schulen sogar teilweise unter 20 Prozent. Ich glaube, hier haben die Gutscheine nicht zu einer Teilnahmesteigerung geführt. Dies ist für mich ein Indiz dafür, dass solche Angebote eher mit Vorsicht zu betrachten sind. Man sollte dies nicht vernachlässigen.

Ich glaube, wer viele Eltern erreichen will, muss sich ganz nah an die Eltern heranbegeben. Ich glaube, dass Eltern sich untereinander ganz stark beraten. Jeder, der Kinder hat, weiß, dass er sich zuerst von anderen Eltern mit Kindern im gleichen Alter Rat holt. Da ich auch einmal Pädagogik in meinem sozialwissenschaftlichen Studium studiert habe, weiß ich, dass das Thema Alltagsberatung etwas ist, das man nicht unterschätzen darf. Man muss Eltern in diesem System stützen und stärken. Diese Alltagsberatung wird auch als sehr niedrigschwellig angesehen. Da müsste man ansetzen!

In Bremen liegen die Besucherzahlen der Dreibis Sechsjährigen in den Kindertagesheimen über 97 oder 98 Prozent. Die Eltern kommen in diese Kindertagesheime, um ihre Kinder zu bringen. Ich denke, wir sollten es schaffen, die Kindertagesheime an diesem Punkt so weiterzuentwickeln, dass Eltern dort Beratungsangebote vorfinden. Wir sollten fachlich noch einmal weiterdiskutieren, ob es Sinn macht, Beraterinnen in den Kindergärten stundenweise zu verankern. Da gibt es bestimmt viele Modelle, die sinnvoll wären. Es wäre sehr niedrigschwellig, und die Eltern würden nicht gleich in den Konflikt gestürzt, ich werde mit meinem Kind nicht mehr fertig, ich bin unfähig. Es wäre ein sehr behutsames Beratungsangebot, das den Eltern entgegenkommt, bei dem die Eltern vielleicht nicht den ersten bewussten Schritt machen müssten.

In Findorff hat es zum Beispiel das Angebot der Findorffer Elternabende gegeben. Dort hat man das System der Kindertageseinrichtungen als Anlaufstelle auch genutzt, das finde ich sehr positiv. Das sind die drei Punkte, die ich ansprechen wollte.

Abschließend ist mir noch aufgefallen, dass Bremerhaven in der Antwort des Senats gar nicht auftaucht. Ich würde auch darum bitten, dass diese Bestandsaufnahme Bremerhaven noch einmal explizit hervorhebt, um dort auch deutlich zu machen, was

(C)

(D)

- (A) es an Angeboten auch für nichtdeutsche Familien gibt, das wäre uns von Bündnis 90/Die Grünen sehr wichtig. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die eigentliche Information, die in dieser Vorlage deutlich wird, ist doch die, dass mittlerweile alle drei Fraktionen und auch der Senat eine deutliche politische Schwerpunktsetzung zugunsten von Prävention gesetzt haben. Dass sie dies in der Erziehungshilfe sehr deutlich verankert haben, begrüßen wir als SPD-Fraktion natürlich auch. Frau Striezel hat es vorhin deutlich gesagt, es muss eines der ersten Ziele der Erziehungshilfen sein, dafür zu sorgen, dass es starke Kinder und starke Familien gibt, weil es dazu keine Alternative gibt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Kinder gut aufwachsen können, dazu gibt es überhaupt keine politische Alternative. Insofern ist natürlich auch die Familienbildung ein wichtiges Instrument und Element, um dafür zu sorgen, dass diese Sache auch funktioniert.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wir haben in Bremen die Situation, dass wir eine Vielfalt, ein differenziertes Angebot und auch eine Trägervielfalt haben, aber das Defizit ist auch schon deutlich geworden. Diese Vielfalt führt dazu, dass dieses Angebot nicht durchschaubar genug ist. Hier sind einige Initiativen der Senatorin deutlich geworden, wie sie dafür sorgen will, dass es in Zukunft eine stärkere Übersichtlichkeit gibt. Das, was zu den Aktivitäten auf Bundesebene aufgeschrieben worden ist, ist zugegebenermaßen das Volumen betreffend nicht viel. Am Ende zählt natürlich nur, was wirklich passiert. Ich hoffe, dass wir tatsächlich noch zu konkreten Ergebnissen kommen. Diese gibt es jetzt noch nicht, aber vielleicht gibt es noch Möglichkeiten, diese Ergebnisse zu erhalten. Ich jedenfalls hoffe darauf!

Es ist hier schon viel gesagt worden, es gibt auch keine politische Kontroverse zwischen den drei Fraktionen, sondern wir sind alle der Meinung, dass wir insgesamt den Zugang zu Angebotsformen der Familienbildung erreichen und die Schwellen des Zugangs absenken müssen und dass ein Gutschein dazu nur eine Möglichkeit ist, aber ein Instrument, über das auch bundesweit sehr viel diskutiert wird. Die Problematik bei dem Bildungsgutschein geht aus der Vorlage hervor. Wir haben es dabei mit Mitnahmeeffekten zu tun. Wir können nicht unbedingt sicher sein, dass wir tatsächlich mehr erreichen. Wir

*) Vom Redner nicht überprüft.

haben aber vor allem auf der Kostenseite eine gewisse Problematik, für die wir im Augenblick angesichts der Haushaltslage leider nicht einfach eine Lösung anbieten können.

Auf der anderen Seite muss man aber, denke ich, auch noch einmal honorieren, dass es eine Vielfältigkeit von Ideen gibt. Frau Striezel, ich finde, es gibt eine ganze Menge an Ideen, die auch hier niedergeschrieben worden sind, wie man den Familien in niedrigschwelliger Art und Weise Hilfen zukommen lassen kann. Wenn ich an diese Modelle von Hippy oder Opstapje denke, ist es schon so, dass wirklich eine ganze Menge an Diskussionen, die wir in anderen Ländern haben, wieder aufgegriffen worden sind, die in Bremen erprobt werden. Wenn ich das richtig weiß, ist Hippy ein Modell, das zuerst in Israel auch ganz gezielt entwickelt worden ist, um Einwandererfamilien einzubeziehen.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Das hat aber nichts mit den Themen „Ächtung der Gewalt in der Erziehung“ zu tun! Das hat einen ganz anderen Auftrag!)

Nein! Es hat natürlich keinen anderen Auftrag, sondern es geht genau darum, dafür zu sorgen, dass Familien die Möglichkeit haben, sich stärker einzubeziehen. Ich bin der Meinung, dass das eine Vielfältigkeit von Angeboten ist. Die Problematik des Bildungsgutscheins habe ich schon angesprochen, aber ich denke, auf jeden Fall müssen wir uns weiter gemeinsam engagieren, um die Familienbildung im Land Bremen noch weiter aufzuwerten. Ich hoffe, dass wir da auch mit unserer Sozialsenatorin zu weiteren Erfolgen kommen können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Inhaltlich sind wir uns, glaube ich, was das Ziel von Familienbildung ist, weitgehend einig, nämlich die Familien in ihren unterschiedlichen Lebensphasen und Entwicklungslagen zu begleiten und sie in der Erziehungskompetenz zu stärken. Das ist umso wichtiger, als sich die gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse um die Familien herum permanent ändern und die Herausforderungen, die sich bei der Bewältigung des Familienalltages auftun, permanent wachsen. Deswegen brauchen Familien in diesem Feld auch Begleitung.

Als ein Beispiel für den Paradigmenwechsel in Erziehungsfragen ist natürlich das Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung zu nennen. Die Anwendung von Gewalt, das haben wir bei dem Tagesordnungspunkt vorher auch schon besprochen, ist in unseren Familien immer noch viel verbreite-

(C)

(D)

(A) ter, als wir uns das alle wünschen. Der Kollege Böse hat vorhin eine Studie aus Kanada benannt, aus der hervorgeht, dass die Opfer elterlicher Gewalt später auch vermehrt selbst Täter von Gewalt in Familien sind. Dem müssen wir begegnen. Von daher ist es nur folgerichtig, dass auf Bundesebene nun endlich das Gewaltächtungsgesetz auf den Weg gebracht worden ist. Damit wird die Anwendung elterlicher Gewalt nun endgültig für unzulässig erklärt, und die Jugendhilfeträger sind folgerichtig verpflichtet, den Eltern generell unabhängig von einer aktuellen Problemlage durch Bildungs- und Beratungsangebote Wege aufzuzeigen, wie Konfliktsituationen in den Familien gewaltfrei gelöst werden können.

Solche Beratungsverpflichtung ergibt sich unmittelbar auch aus einem solchen Gesetz, das ist keine Frage. Wir haben eine hohe Verantwortung, wenn wir die Kompetenz der Familie, die Eigenkompetenz, wirklich stärken wollen. Wir müssen dabei natürlich die Familien möglichst frühzeitig ansprechen, nicht erst dann, wenn Konflikte eskalieren. Wir wissen auch, dass wir es dabei mit Schwellenängsten von gerade jungen Familien zu tun haben, die sich erst einmal scheuen, sich zu öffnen, die vielleicht auch die Probleme zunächst als zur normalen Entwicklung gehörig betrachten und nicht begreifen, dass sie in eine besondere Situation hineinschlittern, und die für sich Beratung vielleicht auch erst einmal als Stigma betrachten, weil sie fürchten, damit zu signalisieren: Ich komme allein nicht klar!

(B) Wir müssen die Eltern motivieren, sich bereits zu Beginn ihrer Elternschaft mit Elternbildungsangeboten, die wir ja haben, vertraut zu machen und diese Angebote auch anzunehmen. Wir werden deswegen natürlich auch prüfen, ob wir Anreize geben können. Wir denken daran, das System einer Prämie ins Auge zu fassen, weil wir dabei das, was hier auch an Risiken eines solchen Bildungsgutscheines genannt worden ist, nämlich ein Mitnahmeeffekt oder nicht zu steuernde Ausgaben, vielleicht am besten im Griff behalten und über Teilnahmepremierung auch sinnvolle Anreize geben können.

In der Stadtgemeinde Bremen, für die bin ich auf kommunaler Ebene zuständig, gibt es ein sehr differenziertes Netz an Familienbildungsangeboten. Daran gibt es keinen Zweifel. Wir haben das jetzt zum ersten Mal zusammengefasst und haben eine Auflage von 7000 Stück mit dem Programm sämtlicher Bildungsträger erstellt. Diese Auflage ist uns aus den Händen gerissen worden. Anders kann man es kaum bezeichnen.

Wir werden diese Broschüre mit der Zusammenfassung des Familienbildungsangebotes jetzt halbjährlich auflegen, und wir werden die Auflage erheblich steigern müssen. Das zeigt aber, dass die Bereitschaft von Eltern, sich solchen Angeboten zu öffnen, wirklich vorhanden ist und dass wir nur se-

hen müssen, dass wir die Eltern auch mit Informationen richtig erreichen.

(C)

Der in dieser Legislaturperiode dann auch zu erstellende Kinder-, Jugend- und Familienbericht wird sich dann natürlich auch mit dem Schwerpunkt Familienbildung befassen und in diesem Rahmen eine ausführliche Bestandsaufnahme machen, die sich natürlich auch auf Bremerhaven beziehen muss, weil das Angebot dort, aus meiner Sicht und Kenntnis vor Ort, nicht so differenziert ist wie hier. Dann wird auch zu schauen sein, was dort eventuell an Nachbesserung noch vonstatten gehen muss.

Der Anspruch von Familienbildung ist, über ein allgemein zugängliches Angebot hinaus Familien anzusprechen, die bereits mit dem Risiko chronischer Überforderung leben und die so genannten institutionellen Bildungsangebote nur wenig oder gar nicht nutzen. Wir haben hier natürlich auch einen sehr engen Bezug zu den Angeboten der Jugendhilfe. Für diese Form der Familienbildung haben wir auch anerkannte Orte in den Stadtteilen. Wir haben dort Kindertagesstätten, wir haben Erziehungsberatungsstellen. Es gibt also bereits ein Netz von Institutionen, die dafür zuständig sind, die diese Aufgabe wahrnehmen können und die wir weiter stärken können.

Wir müssen die Familien durch kleinräumig angelegte Trainingsprogramme befähigen, Konflikte zu erkennen und zu lösen. Wir wollen natürlich für Bremen auch eine tragfähige und dauerhafte Lösung finden, um alle Angebote wirklich zu bündeln, auf den tatsächlichen Bedarf hin zu überprüfen und sie auf breiter Ebene auch thematisch und strukturell Familien mit unterschiedlichem Bildungsniveau zugänglich zu machen. Auch das dürfen wir nicht vergessen, dass wir da keine einheitliche Familie ansprechen, sondern dass die alle von sehr unterschiedlicher Zusammensetzung, von unterschiedlichem Bildungsniveau sind, der soziokulturelle Hintergrund ist sehr unterschiedlich, und die Lebenslagen sind letztlich auch sehr unterschiedlich.

(D)

Wir erarbeiten bei mir im Hause gegenwärtig ein Konzept für eine entsprechende Koordinierungs- und Leitstelle für Familienbildung. Wir setzen darauf, dass wir in diesem Zusammenhang dann Hilfe vom Bund bekommen. Wir haben da Gespräche geführt. Ich werde Ihnen das Ergebnis demnächst in der Deputation präsentieren können, hoffe ich. Dann werden wir noch besser in die Lage versetzt sein, all das, was wir anbieten, wirklich auch zu koordinieren.

(Beifall bei der SPD)

Zusammengefasst lauten die Entwicklungsziele unserer Familienpolitik: alle Familien möglichst frühzeitig erreichen, Risikofamilien mit geeigneten Angeboten ansprechen, vorhandene Bildungsangebote vernetzen, die Erreichbarkeit vorhandener Ange-

(A) bote erhöhen und neue, innovative Angebote an Hand des tatsächlichen Bedarfs entwickeln. Dabei ist natürlich ein Schwerpunkt: Bildungsangebote für Migrantenfamilien.

Familienbildung wird, das haben Sie hoffentlich der Antwort und auch meinem Beitrag hier entnommen, vom Ressort mit hoher Priorität gesehen, weil dies eine Aufgabe für die Zukunft ist. Herr Pietrzok hat es gesagt, es gibt keine Alternative dazu, starke Familien zu fördern und zu wollen, wenn wir starke Kinder wollen und wenn die Zukunft für diese Kinder positiv verlaufen soll. Deswegen muss dieses Thema für uns alle Priorität haben. Ich freue mich, dass wir uns auch inhaltlich im Großen und Ganzen sehr einig sind.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/825, Kenntnis.

Mehr Prävention und Hilfe bei Schulverweigerung

(B) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. September 2000 (Drucksache 15/454)

Wir verbinden hiermit:

Schulvermeidung

Mitteilung des Senats vom 18. September 2001 (Drucksache 15/826)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Lemke, ihm beigeordnet Staatsrat Köttgen.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Mehr Prävention und Hilfe bei Schulverweigerung“ vom 12. September 2000, Drucksache 15/454, ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer 22. Sitzung am 13. September 2000 an die staatliche Deputation für Bildung überwiesen worden. Diese Deputation legt nunmehr mit der Drucksache 15/826 ihren Bericht dazu vor.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im September vergangenen Jahres hat dieser Landtag ausführlich und grundsätzlich über die Frage der Schulverweigerung und Schulvermeidung debattiert und da-

*) Vom Redner nicht überprüft.

mals beschlossen, einen Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen, dem die Beantwortung einer Großen Anfrage der großen Koalition zugrunde lag, an die Deputation für Bildung zu überweisen. Wir haben damals das Thema Schulverweigerung und Schulvermeidung und insbesondere deren Prävention für ein sehr zentrales Thema der Bildungs-, Sozial- und der Jugendpolitik insgesamt gehalten.

(Abg. Frau **H ö v e l m a n n** [SPD]: Wir immer noch!)

Ich will nicht diese gesamte Debatte wiederholen, sondern nur darauf hinweisen, dass wir in diesem Fall von Schulvermeidung und Schulverweigerung von Schülern reden. Man könnte auch über Lehrer reden. Das wäre in dem Zusammenhang auch ein interessantes Thema, meine Damen und Herren.

Die Vermeidung und Verweigerung von Schulbesuch hat viele Aspekte und Facetten. Das fängt an beim gelegentlichen Kranksein, das die Eltern dann auch manchmal dulden, wenn ihre Tochter oder ihr Sohn morgens nicht in die Schule will, geht über den vorverlegten Ferienbeginn wegen einer günstigen Flugreise in ein Mittelmeerland, und es endet nicht zuletzt dabei, dass Eltern – oft auch ausländische Eltern – ihre Kinder, insbesondere Mädchen, zu Hause halten, um häusliche Arbeiten zu verrichten, oder dass Jugendliche in Jugendgangs durch die Straßen ziehen, was interessanter scheint, als die Schule zu besuchen. Wir haben das hier alles ausführlich debattiert, und ich will nicht noch einmal im Detail darauf eingehen.

Bündnis 90/Die Grünen hat in dieser Bürgerschaft durch Anfragen, Debatten und Beiträge verschiedentlich darauf hingewiesen, dass dies ein gesellschaftliches und bildungspolitisches Problem ist. Die Zahlen, die wir ja mittlerweile kennen, sowohl die Zahl der Sitzenbleiber, vor allen Dingen in der Sekundarstufe I, in den Haupt- und Realschulen, als auch die Zahl der Schüler – zehn Prozent, ich wiederhole es immer wieder –, die überhaupt keinen Abschluss machen, stehen auch im engen Zusammenhang mit dem Problem der Schulverweigerung und der Schulvermeidung und zeigen deutlich, dass es eine große Zahl von Schulkindern gibt, um die sich offensichtlich bisher weder das Elternhaus noch die Schule ausreichend gekümmert hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es hat ein Jahr gedauert, bis der Antrag zurückgekommen ist. In diesem Fall bedauere ich noch nicht einmal, dass es so lange gedauert hat, denn es ist besser, eine solche Frage wird gründlich bearbeitet. Wir haben damals ja auch viele Vorschläge gemacht und diskutiert. Das, was der Senator jetzt hier vorgelegt hat, ist auf den

(C)

(D)

(A) ersten Blick aus unserer Sicht erst einmal ein Erfolg. Es bestätigt, dass unser Antrag in die richtige Richtung gezielt hat.

Meine Damen und Herren, ich will nur drei Punkte benennen. Wir haben damals vorgeschlagen, den Jahr für Jahr geschrumpften so genannten Schulermittlungsdienst – Mitarbeiter der Behörde, die sich eben gerade um diese Kinder kümmern, die nicht zur Schule gehen – wieder aufzustocken und sein Arbeitsfeld neu zu beschreiben. Das ist geschehen. Es gibt jetzt die Beratungsstelle Schulvermeidung, und sie hat auch personell eine Stärke, mit der sie die Chance hat, erfolgreich zu arbeiten.

Wir haben damals vorgeschlagen, vor allem den Lehrern in den Hauptschulen intensivere Möglichkeiten zu geben, sich um diese Kinder zu kümmern. Die Klassenlehrer in den Hauptschulen erhalten eine Stunde Unterrichtsbefreiung, um mehr Luft zu haben, um sich um Eltern und Kinder, die die Schule verweigern, zu kümmern.

Wir haben vorgeschlagen, die Fortbildungsangebote des LIS, Landesinstitut für Schule, für Lehrer auch auf diesen Themenschwerpunkt auszurichten, und zumindest auf dem Papier ist das mittlerweile auch geschehen.

(B) Das alles ist der Aktivität nicht nur unserer Fraktion, sondern der Parlamentarier insgesamt zu verdanken. Ich bedanke mich auch ausdrücklich beim Senator, dass er sich Mühe gegeben und ein bisschen Druck gemacht hat, dass die Behördenmühlen in Bewegung gekommen sind und erste Schritte und erste Erfolge auf diesem Gebiet zu verzeichnen sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zumindest die Papierform ist gut, aber der Senator und auch alle anderen Fußballfreunde hier im Raum wissen das, die Wahrheit ist auf dem Platz, und der Platz ist nicht die Behörde, der Platz ist auch nicht nur die Schule, nicht nur die Hauptschule und Realschule, wo Schulverweigerung stattfindet, sondern der Platz ist oft auch weit außerhalb der Schule. Das sind die Einkaufszentren dieser Stadt, das sind Spielhallen, das sind Spielplätze, das sind Straßenecken, das sind auch Familien – ich habe schon darauf hingewiesen –, in denen die Kinder, vor allem die Mädchen, dann zu Hause sitzen und auf die kleinen Geschwister aufpassen. Das sind die tatsächlichen Räume, wo Schulvermeidung und Schulverweigerung stattfinden und wo die Jugendlichen sind, die man finden muss.

Leider, das muss ich jetzt doch sagen, kann das allein nicht eine Aufgabe der Schule sein. Wir waren uns vor einem Jahr einig, dass hier sowohl die Jugendhilfe, die Schulärzte, der Schulpsychologische Dienst, als auch die Polizei in Bremen gefordert sind, sich um diese Kinder und Jugendlichen zu kümmern.

(C) Wenn wir den Bericht gründlich lesen, dann stellen wir in einer kurzen Passage fest, dass sich die Fachdeputationen für Soziales und Inneres bis heute leider überhaupt noch nicht damit beschäftigt haben,

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Schade eigentlich!)

ich glaube, der Jugendhilfeausschuss auch nicht, und dass die Initiativen in diesen Behörden bisher leider noch nicht hinreichend mit denen der Bildungsbehörde koordiniert sind, so dass genau das, was wir hier als einzig erfolgversprechendes Mittel debattiert und vorgeschlagen haben, nämlich eine vernetzte Arbeit der zuständigen Ressorts, und zwar nicht der Ressortspitzen an den Schreibtischen, sondern derjenigen, die vor Ort in den Stadtteilen arbeiten, kaum umgesetzt wurde. Davon ist bis heute leider erst sehr wenig zu sehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich frage auch den Senator, ob es nicht stimmt, dass eine vorgesehene Vereinbarung auf Behörden-ebene zu dieser Frage mit dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales bis heute nicht unterzeichnet worden ist, weil es noch gewisse Vorbehalte und Abstimmungsprobleme in der Behörde des Senators für Soziales gibt.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Sehr bedauerlich!)

(D) Ich möchte auch gern wissen, ob es stimmt, dass der schulärztliche Dienst sich ausdrücklich von der Zusammenarbeit ausnimmt, weil er meint, das gehöre nicht zu seinen Pflichtaufgaben, und er habe nicht genug Stellen. Ich würde auch gern wissen, ob es stimmt, dass in der Innenbehörde insbesondere die Polizei, die Kontaktbereichsbeamten vor Ort, ja gern mitmachen würde, aber sagt, mit dem Personal, das wir jetzt haben, können wir diese zusätzliche Arbeit, die eigentlich nicht zu unseren Pflichtaufgaben gehört, nämlich festzustellen, wo diese Kinder sich herumtreiben, nicht ohne weiteres leisten.

Wenn das alles stimmt und wenn es stimmt, dass es auf Personalknappheit zurückzuführen ist, Herr Senator Lemke, dann denke ich manchmal, nur ganz heimlich, wenn ich an die Debatten über die Terrorismusbekämpfung denke, wenn ich mir die Vorlagen vor Augen führe, die ich im Haushaltsausschuss gesehen habe, wie das Fünf-Millionen-DM-Paket umgesetzt worden ist, das die Bürgerschaft zur Terrorismusbekämpfung beschlossen hat, wer davon profitiert, einmal näher, einmal weiter weg von der Terrorismusbekämpfung, fast hätte ich mir gewünscht, Sie wären auch auf diesen Zug aufgesprungen, denn so viel, wie wir hier für Terrorismusbekämpfung an-

(A) derenorts angeblich beschlossen haben, so erfolgreich und sinnvoll wäre in dem Zusammenhang sicherlich auch die Arbeit an Schulvermeidung und Schulverweigerung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun gut! Manche Sachen haben Konjunktur, andere Sachen haben offensichtlich noch nicht so viel Konjunktur. Vielleicht trägt diese Debatte dazu bei, dass in allen Ressorts die Frage der Schulvermeidung und Schulverweigerung als ein Zusammenhang angesehen wird, der bearbeitet werden muss. Es ist nicht nur ein Problem aller Ressorts, es ist auch eines speziell des Bildungsressorts, denn um das geht es heute.

Leider, das muss ich noch einmal deutlich sagen, obwohl wir das hier ausführlich debattiert haben, ist die Grundschule nach wie vor nicht hinreichend in den Blickpunkt gekommen. Jede Grundschullehrerin, jeder Grundschullehrer sieht und weiß, dass die Frage der Schulverweigerung längst in den Grundschulen erkennbar ist. Dort werden die Kinder durchgeschleppt. Die Lehrer schauen gern weg, sie bekommen es noch irgendwie hin, und wenn die Kinder dann in die Orientierungsstufe kommen, platzt die Sache plötzlich und fliegt auf. Dann ist es aber letztlich zu spät. Prävention muss in der Grundschule anfangen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, da wünsche ich mir auch im Bildungsressort sehr viel mehr Engagement. Es nützt auch nicht, Herr Senator Lemke, was Sie gelegentlich tun, darauf zu verweisen, die Eltern und die Familien müssten sich sehr viel mehr darum kümmern. Das ist zwar erstens korrekt, aber zweitens in den vielen Fällen, um die es geht, wahrscheinlich völlig ergebnislos, weil viele dieser Kinder aus Familienverhältnissen kommen, die sozial, familiär, beziehungsmäßig und oft auch pekuniär ziemlich zertrümmert sind und bei denen der Appell an die Eltern nichts bewirkt. Das stößt auf taube Ohren. Wir haben keine Instrumente, uns um die Eltern zu kümmern, so gut es auch wäre, das zu können.

Hier helfen auch nicht solche populistischen Vorschläge, wie Sie sie einmal im Sommer auf einer Veranstaltung gemacht haben: Streicht den Eltern doch einfach das Kindergeld, die ihre Kinder nicht zur Schule bringen! Ich schätze, abgesehen davon, dass das rechtlich problematisch ist, dass das völlig die Wirkung verfehlen würde. Wir müssen bei den Kindern ansetzen. Es nützt nichts mehr, alles auf die Eltern abzuschieben. Bei den Kindern anzusetzen heißt, das wiederhole ich noch einmal, vernetzt zu handeln, Sozialarbeit, Jugendhilfe, Bildungspolitik, Bildungslehrer in den Schulen, auch Schulsozialar-

beit stünde in dem Zusammenhang auf der Tagesordnung und nicht nur für Ganztagschulen.

(C)

(Glocke)

Ich bin bei meinem letzten Satz! Die Zusammenarbeit mit der Polizei ist aber auch erforderlich. Wenn wir das alles auf den Weg bringen wollen, brauchen wir mehr als nur diesen Bericht, der heute vorliegt, und auch mehr Initiativen, meine Damen und Herren.

Wir, Bündnis 90/Die Grünen, haben einen Antrag gestellt. Wir sind noch nicht zufrieden mit der Abarbeitung, aber wir finden, Sie haben wesentliche Punkte erfüllt. Wir werden diesen Antrag hier heute zurückziehen und beobachten, ob es weitergeht. Wenn wieder der Stillstand der vergangenen Jahre in dieser Frage eintritt, werden wir dieses Parlament erneut beschäftigen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Mützelburg, es mag merkwürdig klingen, aber bei 99 Prozent Ihrer Ausführungen kann ich Ihnen voll zustimmen.

(D)

Meine Damen und Herren, vor einem Jahr haben wir hier am 13. September 2000 lange und ausführlich das Thema Schulverweigerung diskutiert. In dem Zusammenhang darf ich auch daran erinnern, dass wir im Mai 2000 auch das Thema Gewalt an Schulen hier sehr ausführlich im Landtag diskutiert haben. Nun bekommen wir nach über einem Jahr die Antwort des Senats mit der Vorlage 15/826. Ich kann es etwas flapsig sagen, das erscheint mir dann doch etwas mehr als Arbeitsverweigerung, was Sie hier zum Thema Schulverweigerung vorlegen, Herr Senator Lemke.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Frau Hövelmann [SPD])

Ich will das auch etwas deutlicher formulieren, als es der Kollege Mützelburg gemacht hat, weil es mich wirklich ärgert. Es ärgert mich, Frau Hövelmann, dass hier die Ansätze, die wir als Parlamentarier gegeben haben, die aus der Praxis kamen und die im Laufe des Jahres hier gegeben wurden, nicht umgesetzt werden und dass hier insbesondere auch unter Leitung des Senators für Bildung die Arbeitsgruppe nach über einem Jahr nur eine sehr dürftige und mangelhafte bis unzureichende Vorlage abliefern.

(Beifall bei der CDU)

(A) Das Thema ist viel zu ernst, als dass ich hier nur schimpfen möchte. Ich will Ihnen aber schon deutlich sagen, dass wir sehr unzufrieden damit sind, dass hier zum Beispiel in dieser Vorlage immer noch eine Veranstaltung angekündigt wird, die vor fast einem halben Jahr stattgefunden hat, meine Damen und Herren. Da hat man sich noch nicht einmal die Arbeit gemacht, die Vorlage zu aktualisieren. Diese Vorlage ist wortgetreu aus einer Deputationsvorlage übernommen worden, die damals selbst schon veraltet war. Ich kann nicht verstehen, wie Sie hier den Landtag mit so einer dürftigen Vorlage begrüßen können.

(Beifall bei der CDU)

Es ist eine Arbeitsgruppe von Senatoren unter der Leitung des Senators für Bildung eingerichtet worden, Herr Mützelburg hat es angesprochen. Das federführende Ressort ist das Bildungsressort. Die Senatorin für Jugend scheint in ihrem Ressort noch nicht vorangekommen zu sein.

Beim Senator für Inneres kann ich feststellen, dass die Polizisten zum Beispiel Checklisten und Argumentationshilfen haben. Das Innenressort hat die Verantwortung erkannt. Aus den vielen Schulbesuchen, die wir durchführen, und den Gesprächen mit den KOP kann ich Ihnen berichten, dass die KOP an den Schulen sehr wohl ihre Schüler kennen und sehr wohl wissen, wer etwas auf dem Kerbholz hat und um wen sie sich kümmern müssen. Dazu gibt es Checklisten, dazu gibt es Argumentationshilfen, dazu haben die Polizisten Handreichungen bekommen. Von daher kann ich auch den Innensenator in Schutz nehmen, Herr Kollege Mützelburg, weil das Innenressort seine Hausaufgaben gemacht hat. Ich würde mich freuen, wenn ich dazu irgendetwas in der Vorlage lesen würde, aber anscheinend ist das im Bildungsressort irgendwie nicht verarbeitet worden.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zur Schulverweigerung gibt es viele Definitionen. Die meisten werden sich an den berühmten Streich aus der Feuerzangenbowle erinnern, bei dem man sich ein Halstuch um den Kopf bindet und sagt, man kommt vom Zahnarzt, eine Entschuldigung nachreicht und sich freut, dass man zwei Stunden Matheunterricht zum Beispiel hat ausfallen lassen. Das, meine Damen und Herren, ist nicht das Phänomen und Problem, über das wir heute reden.

Es gibt eine Reihe von Fachausdrücken für den Begriff Schulverweigerung. Charakteristisch, meine Damen und Herren, ist das Kontinuum der Nichtbeschulbarkeit, der Nichtteilnahme am Unterrichtsgeschehen, und da gibt es dann wieder verschiedene Formen. Ich will auch so deutlich darauf eingehen, weil ich glaube, dass wir hier auch noch viel

mehr machen müssen. Es gibt die Nichtteilnahme am Unterricht trotz physischer Anwesenheit. Von den Lehrern werden die meisten von ihnen als Träumer abgestempelt.

(C)

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen – Heiterkeit)

Herr Kollege Dr. Kuhn, die Teilnahme hier ist ja völlig freiwillig. In der Schule haben wir eine Schulpflicht!

(Zuruf von der SPD)

Frau Jansen, Sie sind ja nicht gezwungen, wieder zu kandidieren!

Meine Damen und Herren, dann gibt es noch die Totalverweigerung in Form völligen Fernbleibens vom Unterricht. Es gibt eine aktive und eine passive Form der Schulverweigerung. Die passive Form habe ich Ihnen eben mit dem Träumen im Unterricht beschrieben. Die aktive Form lässt sich noch in zwei Gruppen untergliedern. Das ist einmal das völlige Fernbleiben vom Unterricht, und die andere Gruppe zeigt ein aggressives und destruktives Verhalten in der Schule und im Unterricht. Diesen Bereich haben wir zum Beispiel auch in der Debatte über Gewalt an Schulen diskutiert, weil auch hier eine Vernetzung vorhanden ist. Von daher ärgert es mich auch wieder, dass hierzu überhaupt nichts in der Vorlage auftaucht.

(D)

Wichtig ist, meine Damen und Herren, dass wir mit verschiedenen Formen von Angeboten, beginnend mit ganz niedrigschwelligen, aktiv werden. Da erkenne ich, wie Herr Mützelburg, erste Ansätze. Nur, ich sage auch ganz klar, da hätten wir nach über einem Jahr weiter sein müssen. Es ist auch gut, dass der Schulermittlungsdienst Schulvermeidung hier aufgestockt wurde. Das war eine einheitliche Forderung hier aus dem Haus, meine Damen und Herren. Ich darf daran erinnern, dass dieser Bereich vom Bildungsressort auf anderthalb Stellen vor über einem Jahr heruntergefahren wurde, und dass wir jetzt dort wieder Aufstockungen gehabt haben, trägt auf jeden Fall der Problematik Rechnung.

Meine Damen und Herren, zu der Prävention gehört aber auch die Repression. Wir haben Ihnen vor über einem Jahr hier Beispiele aus Nürnberg aufgezeigt. So etwas findet auch in Bremerhaven und übrigens auch im Bremer Westen, in der Modellregion, statt. Hier sprechen Polizisten auf der Straße, im Einkaufszentrum, in der Innenstadt am Vormittag vermutliche Schüler an, warum sie denn nicht in der Schule sind. Für viele ist das dann auch erst einmal so ein kleiner „Schock“ fürs Leben, so dass sie sich ein zweites Mal überlegen, ob sie den Unterricht meiden und dann vielleicht freiwillig wieder zur Schule gehen.

(Beifall bei der CDU)

(A) Herr Mützelburg, Sie haben es richtig gesagt, man muss so früh wie möglich beginnen. Wir als CDU-Fraktion sind strikt dagegen, Herr Senator, Sie wissen das auch, dass man zum Beispiel Bestrebungen in Ihrem Haus umsetzt, den Deutsch- und Mathematikunterricht in der Grundschule um je eine Stunde zu kürzen, weil wir glauben, dass wir gerade in diesem Bereich die Grundlagen legen müssen, damit die Schüler dann auch in der Orientierungsstufe und in anderen Schularten später dem Unterricht folgen können. Dort haben wir doch die Probleme. Wir haben Ihnen das auch gesagt, dass wir dort sehen, dass Schüler die Kernkompetenzen zum größten Teil nicht mehr richtig beherrschen. Von daher kann ich Ihnen in diesem Zusammenhang und in dieser Debatte nur noch einmal davon abraten, dass Sie die Kernkompetenzen von Deutsch und Mathematik im Grundschulunterricht kürzen wollen.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal betonen: Wir sind mit der Vorlage, Herr Senator, unzufrieden. Sie haben zwar richtige Ansätze begonnen – –.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Was? Und die Opposition zieht den Antrag zurück!)

(B) Frau Hövelmann, wir sind mit der Vorlage zur Schulvermeidung, die hier vorliegt, unzufrieden, weil sie nicht dem Rechnung trägt, was wir auch damals im September und Mai 2000 hier gefordert haben. Herr Senator, wir werden das sehr genau weiter verfolgen und hoffen, dass Sie dann auch insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Ressort Jugend und Soziales hier schneller vorankommen, damit wir im nächsten Jahr, wenn wir nachfragen werden, eine bessere Antwort bekommen und auch erleben können, dass an Bremens Schulen im Jugendbereich auch mit diesem ernststen Problem besser umgegangen wird. – Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Jansen.

Abg. Frau **Jansen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manchmal kann man sich über den Verlauf von Debatten nur wundern. Ich habe gedacht, wir würden hier alle gemeinsam – das ist eigentlich das, was man aus der Beratung in der Deputation für Bildung mitnehmen konnte – den Bericht begrüßen, den der Senator für Bildung uns als einen Zwischenbericht im Grunde genommen vorgelegt hat, denn in der Deputation für Bildung, Herr Rohmeyer, es tut mir Leid, habe ich von all diesen Einwänden und Beschwerden, die Sie hier vorgebracht haben, überhaupt nichts gehört.

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Kein Wort!)

(C) Herr Mützelburg hatte auf einige Probleme hingewiesen, mit denen er nicht zufrieden ist, und man könnte tatsächlich den Eindruck gewinnen, wir würden in der Bildungsdeputation in der Regierung mit den Grünen sein und nicht mit der CDU. Vielleicht ist das ja auch wirklich die neue Rolle, die Sie schon einmal einüben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es, ehrlich gesagt, auch eine Frechheit, wenn man einen derartigen Bericht vorgelegt bekommt, und die Problematik, um die wir uns hier kümmern, ist ja nicht einfach einmal eben mit Patentrezepten zu bearbeiten. Das haben wir ja in der Debatte vor einem Jahr hier auch schon gemeinsam festgestellt, dass Schulverweigerung oder Schulvermeidung viele Ursachen und Gründe hat. Hier gibt es einfach keine Patentrezepte.

Wir wissen heute, dass es viele Familien gibt, die völlig überfordert sind mit der Erziehung ihrer Kinder. Das ist gerade in der vorherigen Debatte auch noch einmal deutlich geworden, wo da anzusetzen ist. Es gibt viele Kinder, die es überhaupt nicht mehr gewohnt sind, ein Mittagessen zu bekommen, die keine Strukturen mehr in den Familien haben. Die werden in die Struktur der Schule hineingepresst. Ich jedenfalls bin froh über das, was uns hier vorgelegt worden ist, weil es ein Ansatz in die richtige Richtung ist.

(D) Wir sagen, dass es nicht einfach ist. Schulvermeidung hat nicht irgendetwas mit Dummheit zu tun und ist auch nicht angeboren.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Hat doch niemand behauptet!)

Es gibt Probleme, die Kinder haben, und Probleme, die entstehen in Familien, es gibt aber auch Probleme, die in Schulen entstehen.

(Beifall bei der SPD)

Darum ist auch ein gemeinsamer Ansatz zu wählen. Ich gehe davon aus, dass in Kürze dieser Kontrakt zwischen den verschiedenen Ressorts dann auch abgeschlossen wird. Ich finde es richtig gut, dass der Innensenator hier sitzt und damit auch dokumentiert, dass es ein gemeinsam anzugehendes Problem ist.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Wo ist denn die Jugendsenatorin?)

Herr Rohmeyer, können Sie einmal aufhören, immer zu versuchen, Gedankengänge, die man hat, durch dumme Zwischenrufe zu unterbrechen?

(Beifall bei der SPD)

(A) Ich lobe ausdrücklich Ihren Innensenator. Ich finde es nicht in Ordnung, wenn Sie dann versuchen – .

(Zuruf des Abg. R o h m e y e r [CDU])

Es macht nichts, Herr Rohmeyer, es qualifiziert Sie ja nicht!

(Unruhe – Glocke)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, die Einzige, die das Wort hier hat, ist die Abgeordnete Frau Jansen!

Abg. Frau **Jansen** (SPD): Es ist auch deutlich geworden, wenn man sich mit diesem Problem der Schulvermeidung und Schulverweigerung beschäftigt, dass sowohl die Kindergärten als auch die Schulen in Zukunft verstärkt auch einen Erziehungsauftrag haben und dass Erziehung in diesen Zeiten, in denen wir leben, für alle, sowohl für die Lehrer als auch für die Erzieher und die Eltern, immer schwieriger wird.

(B) Die Lebensperspektiven vieler Kinder und Jugendlicher sind mehr als ungewiss. Ich glaube, wir dürfen auch nicht vergessen, dass nach dem 11. September eine große Verunsicherung noch einmal verstärkt bei vielen Jugendlichen und Kindern eingetreten ist und eine große Angst vor der Zukunft besteht. Darum müssen wir uns auch kümmern, weil sonst hier noch mehr aus dem Ruder läuft.

(Beifall bei der SPD)

Ich jedenfalls habe die Hoffnung, dass wir, und wir werden das als SPD-Fraktion begleiten, mit einigen Schritten in die richtige Richtung gehen. Dazu gehört für mich unter anderem auch, das möchte ich hier noch einmal sagen, die Einrichtung der verlässlichen Grundschule, weil auch darüber die Möglichkeit besteht, Orte in der Schule zu schaffen, wo Kinder nicht nur an Leistungen gemessen werden, sondern wo sie sich auch wohl fühlen können.

Für mich gehört auch die Entwicklung von Ganztagsangeboten in der Sekundarstufe I dazu, weil genau dies auch die Funktion haben wird, dass Kinder und Jugendliche, von denen wir ja reden, die häufig in der Schule versagen, auch Orte in der Schule finden, wo sie sich wohl fühlen, wo sie sich heimisch fühlen können, wo sie angenommen werden und wo sie miteinander lernen können, auch in anderen Situationen gut miteinander umzugehen. Dann kommt der eine oder andere zurück und findet vielleicht, dass Schule nicht nur schlimm und nicht nur Zeitverschwendung ist. Ich habe große Hoffnungen für die Zukunft. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort Senator Lemke. (C)

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte inhaltlich nichts hinzufügen, weil wir vor einem Jahr diese Debatte sehr ausführlich und sehr ernsthaft hier geführt haben. In der Vorbereitung auf diese Debatte habe ich mir meinen damaligen Redebeitrag genau angeschaut. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Es hat sich seitdem inhaltlich an den Problemen nichts geändert. Deshalb will ich inhaltlich

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Nichts sagen!)

nichts dazu sagen.

Allerdings erlauben Sie mir vorweg, dass ich das noch ergänze, was Frau Jansen gesagt hat! Lieber Herr Rohmeyer, ich verstehe, dass die Opposition hier – .

(Lachen und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das war kein Wortspiel, meine Damen und Herren, sondern ich habe Verständnis, dass die Opposition hier die Vorlage der Koalition, der Sie angehören, die Sie maßgeblich hier mit vertreten, kritisiert, aber dass Sie, lieber Herr Rohmeyer, in dieser Form ein Papier, dem Sie in der Deputation ohne große Diskussion zugestimmt haben, so kennzeichnen und so kritisieren, kann ich persönlich überhaupt nicht nachempfinden. (D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Erlauben Sie mir zu sagen, das ist für mich sehr gewöhnungsbedürftig, dass Sie als Koalitionspolitiker der großen Koalition auf diese Art und Weise mit Ihrem Senator umgehen!

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zu der Situation! Was haben wir seit einem Jahr gemacht? Das ist zum Teil in den Debattenbeiträgen deutlich gemacht worden: Wo haben wir konkret etwas umgesetzt, und wo haben wir noch aufgrund der Strukturen auch Nachholbedarf? Das will ich gar nicht beschönigen.

Wir haben sofort reagiert bei der Frage des behördlichen Umgangs mit dem Problem. Da habe ich einen furchtbaren Schreck bekommen, dass innerhalb der Behörde das auf anderthalb Stellen zurückgefahren worden ist. Wir haben sofort korrigiert, das ist hier auch entsprechend gewürdigt worden. Wir haben im Bereich der Informationen der Schulen reagiert, auch das ist dem Haus bekannt gegeben

(A) worden. Wir haben zum neuen Schuljahr reagiert, indem wir den Hauptschullehrern gesagt haben, wir erkennen eure schwierige Arbeit an, und wir haben eine Entlastungsstunde für jeden Klassenlehrer an den Hauptschulen gegeben. Das ist sehr gut in den Schulen angekommen.

Dass wir das gemacht haben, kostet uns sehr viel Geld, meine Damen und Herren! Aber es war ein richtiger Schritt, der auch so verstanden worden ist bei den Kolleginnen und Kollegen, dass sie sagen, wir haben jetzt etwas mehr Möglichkeiten, um uns das soziale Umfeld der Schüler genauer anzuschauen. Wir haben dieses Signal aus der Behörde, aus der Politik verstanden, und wir haben das, das wird ja auch evaluiert, entsprechend umgesetzt. Ein ganz richtiger Schritt, wo wir gesagt, getan und umgesetzt haben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir setzen noch etwas anderes um, auf das ich auch durch diese Vorlage noch gar nicht aufmerksam gemacht worden bin, sondern wir haben die Situation, dass einige Schulen durch Konferenzbeschluss innerhalb der Zeugnisse – das ist etwas, das mir erst in den letzten Wochen durch eine ganz konkrete Situation bewusst geworden ist – die Teilnahme am Unterricht den Eltern und den Schülern nicht mitteilen. Ich finde das nicht in Ordnung, und ich will das in aller Deutlichkeit auch hier dem Parlament sagen: Ich werde dafür sorgen, dass wir die Möglichkeiten schaffen, dass alle Schülerinnen und Schüler, wenn sie das Halbjahreszeugnis oder das Jahreszeugnis in die Hände bekommen, erfahren, wie denn ihre Teilnahme am Unterricht gewesen ist, meine Damen und Herren, denn ich kann nicht nachvollziehen – –.

(B)

(Abg. B ü r g e r [CDU]: Das haben wir schon vor zwei Jahren eingefordert! Das ist abgelehnt worden!)

Ja, aber nicht von mir! Entschuldigen Sie bitte, aber da zeigen Sie mir bitte die Protokolle, Herr Rohmeyer, wo ich das abgelehnt habe! Ich finde es ausgesprochen wichtig, dass – –.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Vielleicht nicht von Ihnen persönlich, aber von Ihrer Partei!)

Ich habe das eben so verstanden, dass ich das – –.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Sie vertreten sie doch, oder nicht?)

Selbstverständlich vertrete ich die Partei! Ich habe Ihren Zwischenruf eben so verstanden, als hätte ich

dafür gesorgt oder es sei meine Meinung, dass man das in den Zeugnissen nicht festhalten soll. Ich sage das ganz deutlich dem Haus hier: Meine Meinung ist, wenn wir es im Klassenbuch überprüfen – da wird ja jede einzelne Stunde, die unentschuldigt oder entschuldigt als Fehlzeit, als Versäumnis gilt, festgehalten –, dann finde ich es nicht in Ordnung, meine Damen und Herren, es nicht in den Zeugnissen zu vermerken!

(C)

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau H ö v e l -
m a n n [SPD]: Das ist auch richtig so, und
das will auch die SPD so!)

Vielen Dank, Frau Hövelmann, für diesen gewünschten oder von mir auch gewünschten Zwischenruf, denn er sagt mir ja ganz klar, dass ich nicht allein in dieser Frage in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehe! Ich sage, wir müssen den Schulen, die das ablehnen – ich weiß nicht, aus welchen Gründen sie das ablehnen –, unseren Wunsch mitteilen, dass das umgesetzt wird in den Zeugnissen, dass die Fehlzeiten klar bekannt gegeben werden. Wenn wir das wollen, dass die Schüler am Unterricht teilnehmen, dann können wir denen doch nicht die Dokumentation dessen entziehen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich glaube, hier gibt es überhaupt kein Missverständnis, und wir werden, lieber Herr Bürger, lieber Herr Rohmeyer, das entsprechend umsetzen. Herr Mützelburg und auch Herr Rohmeyer haben ja versprochen, dass das weiter ein Thema bleibt. Das bleibt ja nicht ein parlamentarisches Thema, meine Damen und Herren, uns geht es doch um die Schülerinnen und Schüler, die wir in diese Gesellschaft integrieren wollen. Deshalb ist es ein wichtiges bildungspolitisches Thema und sollte hier nicht im Parteiengezänk auseinander gehen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt aber zum wichtigsten Punkt, das ist die Frage der Vernetzung der Ressorts! Da verstehe ich auch nicht die Kritik der Opposition, Herr Rohmeyer, Herr Mützelburg,

(Heiterkeit bei der SPD)

dass Sie glauben, dass so eine Kooperation zwischen Justiz, Soziales, Jugend und Inneres so leicht möglich ist, dass man das innerhalb von wenigen Monaten so stricken kann angesichts eines Sanierungshaushalts, mit dem alle beteiligten Ressorts sich allergrößte Mühe geben, trotz der Einsparungen, die vorzunehmen sind, meine Damen und Herren, zu erreichen, dass die Arbeit besser vernetzt wird. Ich denke, meine Damen und Herren, wir sind da auf einem sehr guten Weg.

(A) Ich bedanke mich ausdrücklich beim Innensenator, das hat Frau Jansen eben auch schon gemacht. Ich habe das im Protokoll vom letzten Jahr nachgelesen, dass ich mich – das war damals nicht Herr Dr. Böse, sondern das war Herr Dr. Schulte – beim Innensenator bedankt habe für die gute Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Schulen.

(Beifall bei der SPD)

Das hat sich ganz prima entwickelt.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rohmeyer anzunehmen?

Senator Lemke: Ja!

Vizepräsident Ravens: Bitte sehr, Herr Kollege!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Können Sie mir sagen, wann das erste Gespräch zu diesem Thema der Vernetzung unter Leitung des Senators für Bildung stattgefunden hat?

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Warum ist das wichtig?)

(B)

Senator Lemke: Unter Leitung des Senators hat es vor etwa vier Wochen stattgefunden, aber seit ungefähr einem dreiviertel Jahr ist auf Arbeitsebene eine intensive Befassung mit diesem Thema gegeben, und wir haben mittlerweile sehr gute Ergebnisse dazu erzielt. Es gibt eine hohe Übereinstimmung zwischen den vier Senatoren oder Senatorinnen, die sich der Aufgabe stellen, und die Kontrakte stehen fast unmittelbar vor der Unterzeichnung.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Senator Lemke: Ja!

Vizepräsident Ravens: Bitte sehr, Herr Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, können Sie mir denn zustimmen, wenn ich Ihnen sage, dass bei den langjährigen schlechten Erfahrungen zwischen dem Haus Bildung und dem Haus Jugend und Soziales es doch sehr verwunderlich ist, dass das Gespräch unter der Leitung des Senators für Bildung erst vor vier Wochen, also zwölf Monate nach der Bürgerschaftsdebatte, stattgefunden hat? Ich habe

in Erinnerung gehabt, dass das viel früher stattfinden sollte. Vielleicht können Sie dann auch unseren Unmut darüber verstehen.

(C)

Senator Lemke: Ich kann Ihnen nur sagen, dass es sowohl bei der Einführung der verlässlichen Grundschule als auch bei der gemeinsamen Erarbeitung der Vorlage des Kontraktes, den die vier senatorischen Ressorts jetzt unterschreiben wollen, eine hohe Übereinstimmung zwischen allen Beteiligten gegeben hat. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Kollegin Adolf, mit der es eine hervorragende und reibungslose Zusammenarbeit gibt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Herr Senator, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Senator Lemke: Ja!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Hövelmann!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Senator, können Sie mir bitte bei meiner Erinnerung helfen? Erinnerung ich mich richtig, dass wir ungefähr vor anderthalb Jahren den ersten Bericht in der Deputation für Bildung hatten, in dem die Arbeitsgruppe Schulvermeidung in sehr enger Kooperation mit den KOP berichtet hat – darauf lege ich Wert, dass das gesagt wird –, dass die Zusammenarbeit von Bildung und Inneres sehr gut läuft, dass das vor ungefähr anderthalb Jahren war?

(D)

Senator Lemke: Ich glaube, dass Sie das richtig erinnern.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]:
Danke schön!)

Meine Damen und Herren, noch einmal ernsthaft diesen Punkt Ihnen vortragend, möchte ich dazu Folgendes sagen: Es gibt, wenn man große Projekte bearbeitet, immer Spannungen, es gibt personelle Probleme, es gibt Probleme zwischen Menschen, die man zusammenführen muss, ohne dass sie das auf Druck machen. Man muss Menschen zusammenführen, die normalerweise nicht gelernt haben, außerhalb der Ressorts zusammenzuarbeiten. Das ist ein schwieriger Prozess, aber wir sind auf einem sehr guten Weg, und es gibt keinen Dissens zwischen den Ressorts Inneres, Soziales, Jugend und Justiz und Bildung. Das ist doch für mich das Entscheidende. Es gibt keine Reibereien, es gibt keine Eifersüchteleien, sondern es gibt einen hohen Grad der Übereinstimmung in der Analyse des Problems.

Wir möchten den Kindern helfen, deren Familien offensichtlich nicht in der Lage sind, ihre Kinder zum Schulbesuch zu bewegen. Dies ist eine große Auf-

(A) gabe. Ich bin ganz sicher, dass wir das schaffen. Die Signale stehen absolut in einem positiven Bereich. Ich bitte Sie recht herzlich, uns das Vertrauen weiter zu geben, trotz aller Polemik! Ich denke, dass wir schnellstens wieder zur Sachlichkeit zurückfinden sollen. Ich kann Ihnen garantieren, dass es zwischen den Kollegen der großen Koalition gerade in dieser Frage ganz ausgezeichnet läuft. Bitte seien Sie nicht ungeduldig, wir werden das genauso gut hinbekommen wie die verlässliche Grundschule! – Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Dieter, sei nachsichtig!)

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde zur Nachsicht aufgefordert. Ich möchte dennoch in einem Punkt überhaupt nicht nachsichtig sein, den ich vorhin noch nicht erwähnen konnte, weil meine Redezeit abgelaufen war, meine Damen und Herren.

(B) Wir debattieren hier im Landtag, weil die Große Anfrage eine Landtagsanfrage war, darin standen wenigstens einige Sätze zu Bremerhaven. Ich möchte noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, das, was wir hier heute behandelt haben und diskutieren, ist im Augenblick eine Frage der Stadtgemeinde Bremen. Das soll nicht heißen, dass in Bremerhaven das Problem nicht im genau gleichen Umfang existent ist. Im Gegenteil, meine Damen und Herren, die soziale Situation Bremerhavens, die bekannt ist, lässt eher darauf schließen, dass in Bremerhaven die Situation der Schulvermeidung und der Schulverweigerung mindestens so drastisch wie in Bremen ist. Leider hat Bremerhaven bisher nicht entsprechende Instrumente, wie Bremen sie sich jetzt mühselig wieder geschaffen hat.

(Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Woher weißt du das eigentlich?)

Entschuldigung, jetzt werde ich vom Präsidium noch mit Zwischenrufen unterbrochen! Das ist etwas ganz Neues.

Ich will auch keine kommunalpolitische Debatte über Bremerhaven führen. Ich möchte nur dringend an den Senator für Bildung appellieren, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten auch darum zu kümmern, dass in Bremerhaven materiell die gleichen Voraussetzungen geschaffen werden können wie in Bremen, um im Land Bremen an einem Strang zu ziehen. Das soll nicht die Bemühungen in Bremerha-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) ven, die es vor allen Dingen in den so genannten Rehabilitationen gibt, jetzt schlecht machen. Das soll nur darauf hinweisen, dass Bremerhaven vom Land Bremen Unterstützung braucht, um solche Fragen auch angesichts seines Haushalts so klären zu können, dass Bremerhaven nicht immer weiter von Bremen abgekoppelt wird. Ich wollte dringend an den Senator für Bildung appellieren, sich dieses Themas anzunehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein letztes Wort an Herrn Senator Lemke! Weil Sie ja schon wieder nicht darum herumgekommen sind, nach dem Motto, alles wird schön, alles wird gut, am Schluss zu reden, möchte ich Sie doch ganz vorsichtig darauf hinweisen, dass es nicht reicht, wenn Sie und die Kollegin Adolf sich vielleicht einig sind in der Problemanalyse und darin, dass etwas getan werden muss. Dieses Problembewusstsein ist eine gemeinsame Aufgabe, die vor allen Dingen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Lehrer in den Schulen, die Sozialpädagogen und Sozialarbeiter, die Erzieher im Ressort erreichen muss.

(D) Sie waren leider nur kurz auf der Tagung, die wir im Sommer auf Ihre Initiative hin besucht haben. Was wir dort an gegenseitigen Schuldzuweisungen gehört haben, dass die Sozialpädagogen die Lehrer für die Schuldigen an dem ganzen Problem halten und die Lehrer die blöden Sozialpädagogen, die sowieso nicht wissenschaftlich qualifiziert seien, für die eigentlich Schuldigen halten, dass sie die Arbeit nicht machen, hat viel mehr Schlaglichter auf die wahren Probleme der Zusammenarbeit geworfen als vollmundige Erklärungen von Senatoren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch das ist, und das ist jetzt mein zweiter und abschließender Hinweis, eine Aufgabe verantwortlicher Senatspolitik, sich darum zu kümmern, dass die Sachen nicht an der Spitze hängen bleiben, sondern dass sie auch unten akzeptiert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wenn ich das richtig aufgeschrieben habe, hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag zurückgezogen, so dass wir keine Abstimmung vornehmen müssen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/826, Kenntnis.

(A) **Keine Wiederbesetzung der hauptamtlichen Stadtratsstelle in Bremerhaven!**

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 8. Oktober 2001
(Drucksache 15/850)

Die Beratung ist eröffnet.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Können wir das nicht nach der Pause machen?)

Wir haben interfraktionell vereinbart, dass wir die beiden Tagesordnungspunkte noch abarbeiten, weil es Unsinn wäre, nach der Mittagspause diese beiden Punkte noch einmal aufzurufen.

Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in der Bremischen Bürgerschaft schon einige Anträge gestellt, um im Rahmen der Kommunalaufsicht auf Bremerhaven einzuwirken und für die Bürger der Stadt Bremerhaven schlimme finanzielle unverantwortliche Steuergeldverschwendungen zu verhindern. Sie haben alle einheitlich und scheinheilig auf Kosten der Bremerhavener Bürger meine Anträge abgelehnt.

(B) Die fadenscheinigen Argumente, die gleich insbesondere aus gutem Grund von den Sozialdemokraten hier eingebracht werden, es wäre eine reine Bremerhavener Angelegenheit, sind natürlich falsch. Bremerhaven ist nicht in der Lage, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen, geschweige denn die Ausgabenseite zu reduzieren. Der Haushalt, und das ist Ihnen ja hoffentlich bekannt, muss vom Senat genehmigt werden, und hier schließt sich der Kreis. Deshalb ist es insbesondere die Kommunalaufsicht, die gefragt ist. Das dürfte sogar Ihnen klar sein, meine Damen und Herren, denn Ihre Bremerhavener SPD-Genossen zeigen sich, wie sie sich seit dem Krieg in Bremerhaven schon immer gezeigt haben, als parteipolitische, altgediente Postenversorgungsgruppe.

So etwas wie in den letzten Monaten hat es in Bremerhaven aber noch nie gegeben. Man hatte den Eindruck, dass wie im Wilden Westen eine durchgedrehte Rinderherde mit sozialdemokratischen Kandidaten zügellos und wahllos kreuz und quer durch Bremerhaven trampelt. Bleibt also festzuhalten: Die Bremerhavener Sozialdemokraten, aber nicht nur die in Bremerhaven, sind absolut kopflos und qualitativ überhaupt nicht in der Lage, ein solches Dezernat zu besetzen.

Als Vertreter der Deutschen Volksunion stelle ich mir hier natürlich die berechnete Frage, ob Sozialdemokraten überhaupt regierungsfähig sind. Meine Damen und Herren, die Stadt Bremerhaven, die Stadt Bremen und das Land Bremen sind finanziell und wirtschaftlich völlig ruiniert, und in allen wich-

tigen Bereichen – Schule, Bildung, Kultur, Sport und so weiter – werden unverantwortliche und unsoziale drastische Kürzungen vorgenommen. Die Schulen sind in einem desolaten, saumäßigen Zustand, für die Zukunft unserer Kinder, für die innere Sicherheit der Bürger ist kein Geld vorhanden. In dieser finanziellen Notlage der Stadt haben führende Sozialdemokraten nun nichts anderes zu tun, als sich um einen unnötigen 200 000-DM-Stadtratsposten zu streiten.

In einer Zeit, in der vom Bürger immer mehr Leistung und Arbeit bei immer weniger Personal und höheren Steuern verlangt wird, müssen politisch Verantwortliche mit gutem Beispiel vorangehen. Darum fordert die Deutsche Volksunion, die Bereiche Gesundheit, Familie, Umwelt und Soziales auf andere Dezernate aufzuteilen. Die Devise darf nämlich nicht sein, Wasser predigen und Wein trinken, sondern solidarisch gemeinsam mit unseren Bürgern die Probleme der Stadt Bremerhaven und des Landes Bremen zu lösen und zu bewältigen. Dazu ist es aber dringend erforderlich, dass die politisch Verantwortlichen mit gutem Beispiel vorangehen. Sie können nur dann vom Bürger Opfer verlangen, wenn sie selbst als Politiker das Doppelte an Leistung, Arbeit und Einsparungen erbringen, wie sie es von unseren Bürgern täglich verlangen.

(D) Meine Damen und Herren, die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU besagt, dass das Vorschlagsrecht für diesen Stadtrat bei der SPD liegt. Da die Genossen in Bremerhaven noch nie, aber auch noch nie auf eine Besetzung verzichtet haben, denn es geht hier ja nicht um die wichtige Frage, ob der Magistrat einen hoch qualifizierten Stadtrat überhaupt benötigt, nein, es geht ihnen darum weiß Gott nicht, sondern es geht ihnen einzig und allein darum, einen altgedienten Genossen gut dotiert zu versorgen, und sonst gar nichts!

Die Deutsche Volksunion ist mit dem Bund der Steuerzahler vollkommen einer Meinung: Die Stadt Bremerhaven hat eine Schuldenlast von sage und schreibe 400 – –.

(Zuruf der Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD])

Wie bitte?

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Wer lesen kann, ist klar im Vorteil, hat Frau Hövelmann gesagt!)

Ja, ich kann wenigstens noch etwas, Sie nichts!

473 Millionen DM! In einer solchen finanziellen Notlage darf eine solche Position nicht wiederbesetzt werden.

Ich habe die Stellenausschreibung hier, ich habe sie hier! Am 29. September 2001 erschien diese Stel-

(A) lenanzeige der Stadt Bremerhaven, in der eindeutig klar wird, dass nicht Qualifikation, sondern ein SPD-Parteibuch ausschlaggebend ist. Dass Sie dann herumquaken, kann ich mir vorstellen, denn das ist die Wahrheit, und das trifft Sie im Kern. Das ist auch gut so! Diese Stellenanzeige hat etwa folgenden Inhalt: Eine dynamische und verantwortungsbewusste Persönlichkeit mit organisatorischen Fähigkeiten wird gesucht, Führerschein Klasse drei als Voraussetzung wird nicht gefordert. Der neue Dezernent ist mit B 6 überbezahlt, soll aber nett und freundlich sein.

Meine Damen und Herren, dass sich Qualifikation und SPD-Parteibuch in der Regel nicht ausschließen, ist uns ja allen bekannt. Aber keinerlei berufliche Qualifizierung und Anforderungen in diesem Sinne, das hat es wohl bei solchen Ausschreibungen noch nie gegeben! Unter Bezugnahme auf diese nicht gerade hochwertigen, qualitativen Bewertungskriterien habe ich den leisen Verdacht, dass diese sehr niedrige geforderte Qualifikation extra für einen bestimmten Personenkreis der großen Koalition so angesetzt worden ist, dass praktisch jeder Hein Blöd von der Küste ohne Qualifikation Stadtrat in Bremerhaven werden könnte.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nur Sie nicht!)

(B) So wird das dann auch kommen!

Das wiederum bedeutet für mich, dass wahrscheinlich die Stadt Bremerhaven einen Stadtrat für jährlich 200 000 DM bekommen wird, der fachlich und qualitativ gar nicht in der Lage sein wird, diese Position ausfüllen zu können. Was Sie hier schamlos auf Kosten und zu Lasten der Bürger betreiben, ist ein bodenloser Missbrauch des öffentlichen Einflusses durch die Parteien. Ich erinnere hier nur einmal an den Vorgänger des leider viel zu früh verstorbenen Stadtrats Hartmut Christiansen, SPD-Stadtrat Renken. Seine einzige Qualifikation war, dass er Gabelstapler fahren konnte. Nichts gegen Gabelstaplerfahrer, ganz im Gegenteil, ich kenne das aus meiner beruflichen Erfahrung,

(Lachen bei der SPD)

das ist ein sehr harter, ehrenwerter Job! Leider aber bekommen die keine 200 000 DM im Jahr, obwohl sie das nach der Arbeit wirklich verdient hätten, eher als ein Stadtrat.

Meine Damen und Herren, wenn ein solches Alibi-Ausschreibungsverfahren mit solchen Qualifikationen und Anforderungen läuft, kann man gleich auf solche Ausschreibungen verzichten. Ich appelliere hier an die Vertreter der SPD, insbesondere an Frau Adolf. So kann man doch nicht mit dem Steuerzahler, den Bürgern umgehen! Haben die Sozialdemokraten denn etwa überhaupt keine Moral, kei-

ne Skrupel und keinen Anstand mehr? Solche Besetzungsverfahren, die nur nach Parteibuch gehen, sind doch die Auslöser von Politverdrossenheit.

Die Schreckensriege, die Chaostruppe der Bewerber, wie zum Beispiel Herr Krüger, Frau Marken, Herr Töpfer, Herr Parpart und weitere Koryphäen der Bremerhavener SPD, das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein! Wollen Sie etwa Bremerhaven damit gänzlich bundesweit der Lächerlichkeit preisgeben? Man hat ja das Gefühl, dass Sie genauso viele Bewerber wie Delegierte auf Ihrer Unterbezirksdelegiertenkonferenz haben. Sie werden, wie schon bei Professor Dr. Weiß, diese Entscheidung nur in Ihren Parteigremien vornehmen.

Einen solchen schädlichen Parteifilz macht die Deutsche Volksunion nicht mit. Darum stimmen Sie auch vom Bündnis 90/Die Grünen diesem Antrag zu, denn ansonsten machen Sie sich einer jährlichen Steuergeldverschwendung von zirka 200 000 DM mitschuldig! Dafür werden Sie dann aber spätestens bei der Wahl Ihre gerechte Quittung bekommen. Dessen können Sie sicher sein!

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann mit der Drucksachen-Nummer 15/850 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Terrorismus und Kriegsverbrechen abwenden!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 8. Oktober 2001
(Drucksache 15/851)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst sei festgestellt: Das entsetzliche Schicksal der Opfer und das Leid der Überlebenden des Terrorangriffs vom 11. September in

(C)

(D)

(A) den USA auf die Symbole der Weltherrschaft bewegen uns Deutsche wie nie zuvor. Vielleicht bewirkt dieser Schock ja auch, dass die Menschheit insgesamt sensibler wird und bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Massenmord und Terrorismus in Krieg und Frieden zusammenfindet und die Verantwortlichen insgesamt ächtet.

Noch vor 50 Jahren rühmten sich Staatsmänner des Völkermordes, den sie in barbarischem Terrorismus an unschuldiger Zivilbevölkerung vornahmen. Angesichts der grauenvollen Bilder von Hiroshima, Dresden und so weiter, die das schreckliche Geschehen von New York bei Weitem übertreffen, erinnert man sich auch an die Aussprüche damaliger Staatsmänner, deren Verbrechen damals noch bejubelt und bis heute nicht geächtet wurden.

Meine Damen und Herren, Rolf Winter, der ehemalige „Stern“-Chefredakteur, schrieb 1989 in „ami go home“, Herr Präsident, ich darf zitieren: „Nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki sagte der US-Präsident Truman wörtlich, bei dem Gedanken an die Opfer habe er keine Nacht Schlaf eingebüßt, denn bei den Japanern habe es sich ja nur um Wilde gehandelt. Ebenso galten für ihn Indianer und schwarze Menschen als minderwertiger Abschaum.“ Also nicht als wirkliche Menschen!

(B) Wenn Winston Churchill auf der Konferenz von Jalta 1945 mit Blick auf das völlig zerbombte und zerstörte Deutschland bemerkt: „Es ist uns gelungen, sechs Millionen Deutsche zu töten, und es wird uns vielleicht auch noch gelingen, eine Million Deutsche zu töten, bevor der Krieg zu Ende ist“, stellt sich die Frage, könnte nun Hoffnung bestehen, dass durch die schrecklichen Bilder aus den USA im Fernsehen und im Internet Terrorismus und Verbrechen gegen unschuldige Menschen und Völker in Zukunft erschwert oder sogar verhindert werden können?

Lassen Sie mich feststellen, wenn die berechtigte weltweite Trauer um die Opfer in den USA bewirkt, dass die Menschheit nun wacher und reifer wird, gegen Terror, Unterdrückung, Vertreibung und Massenmord aufzustehen, wo immer in der Welt Völker unter diesen Verbrechen leiden müssen, so hätte das schreckliche Schicksal der Opfer dann noch wenigstens einen kleinen Sinn für den Fortschritt der Menschheit, für mehr Menschlichkeit gehabt!

Meine Damen und Herren, Krieg und Terror können nicht das geeignete Mittel im Kampf gegen den Terror sein. Ist es nicht so, dass die USA nur neuen Hass wecken, indem sie nun einen souveränen Staat attackieren und bombardieren und damit unschuldigen Frauen und Kindern entsetzliches Leid zufügen? Gerade Deutschland als enger Verbündeter der USA wäre hier gut beraten, im Sinne einer politischen Lösung mahnende Worte zu erheben, anstatt in den Chor derer einzustimmen, die lautstark weitere Bombardements und nicht nur in Afghanistan propagieren.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass es jetzt gerade die Pflicht der Bundes-

regierung wäre, endlich die Streichung der immer noch bestehenden Feindstaatenklausel bei der UN zu fordern!

(C)

Selbstverständlich handelt die Bundesregierung richtig, und das sage ich in aller Deutlichkeit, wenn sie mit aller Kraft hilft, Terroristen weltweit zu ergreifen und zu bestrafen. Das steht außer Frage. Die Bundesregierung handelt doch politisch verantwortungslos und moralisch verwerflich, wenn sie jetzt bekundet, Deutschland stehe ohne Wenn und Aber solidarisch zu den USA, die Militärschläge gegen einen ganzen Staat, gegen ein ganzes Volk mit vielleicht Hunderttausenden oder Millionen unschuldiger Toten unterstützt.

Meine Damen und Herren, das sage ich hier auch in aller Deutlichkeit, die Bundesregierung würde verbrecherisch handeln, würde sie zu einem solchen völkerrechtswidrigen Vernichtungsschlag auch noch anstacheln. Das Völkerrecht verbietet Rache und Kollektivstrafe.

Meine Damen und Herren, nun rächen sich auch die Fehlentscheidungen der Schröder- und ehemaligen Kohl-Regierung in Bezug auf die verfehlte Ausländer- und Asylpolitik bitter. Hätte man damals schon auf die warnenden Worte der Deutschen Volksunion gehört, dann wären uns hierzulande große Gefahren erspart geblieben. Durch eine irrsinnige Einwanderungspolitik sind nämlich deutsche Städte wie Hamburg, Berlin oder Frankfurt zu Terroristennestern ausländischer Fanatiker verkommen. Darum ist es jetzt zwingend erforderlich, dass nun endlich das Ruder in der Ausländerpolitik um 180 Grad herumgerissen wird.

(D)

Angesichts der großen Gefahrenlage, in der sich nun auch Deutschland befindet, sollte nachdenklich stimmen, was Ahmed Altuwajri, Mitglied des Parlaments in Saudi Arabien, in der Zeitung „Financial Times“ schreibt, Herr Präsident, ich darf zitieren:

„Ein Problem ist die Doppelmoral der USA-Außenpolitik. Während die USA Staaten wie den Irak, Libyen, Saudi Arabien, Sudan und nun auch Afghanistan bombardieren, drücken sie im Falle Israels und seiner Nichtbeachtung aller UN-Resolutionen beide Augen zu. Die erste Schlacht im Kampf gegen den Terrorismus muss sich gegen den israelischen Terror unter Ariel Sharon richten, die für zahlreiche Gräueltaten gegen unschuldige Zivilisten in Palästina und im Libanon verantwortlich sind, und das mit amerikanischen Waffen und finanzieller sowie politischer Unterstützung durch die USA. Was Amerikaner nicht verstehen, ist, dass mit jeder neuen Bombe auf Afghanistan der Hass und der Wunsch nach Rache von Millionen junger Muslime geschürt wird. Ein neuer Graben zwischen der westlichen Welt und der muslimischen Welt tut sich damit auf.“

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage – Glocke)

(A) **Vizepräsident Ravens:** Entschuldigen Sie, Herr Tittmann! Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Tittmann** (DVU): Nachher!

(Abg. Frau **Wiedemeyer** [SPD]: Nachher geht nicht!)

Wir haben doch Zeit, oder nicht? Sie haben doch gesagt, wir machen ein bisschen länger und verzichten auf die Mittagspause, also haben wir dementsprechend Zeit.

Meine Damen und Herren, der Terrorismus ist kein militärisches Problem und kann auch nicht mit militärischen Mitteln gelöst und bekämpft werden, er hat politische, soziale und ökologische Ursachen, auf diese muss sich der Kampf gegen den Terror konzentrieren.

Meine Damen und Herren, anstatt deutsche Soldaten möglicherweise für New York in den Tod zu schicken, weil das Bestreben amerikanischer Politiker – diese Meinung wird übrigens auch in den USA von zahlreichen Politikern vertreten –, ihre eigene Version der Kriterien für Gut und Böse zum Maßstab für den Rest der Welt zu machen, kritiklos mitgetragen wird, wäre es nun die Pflicht der Bundesregierung, im nationalen Interesse dahingehend mitzuwirken, dass mehr Gerechtigkeit in der Weltpolitik durchgesetzt wird, denn das ist das beste Mittel gegen die Gewalt und den Terror weltweit und sonst nichts. Der Grundsatz Auge um Auge macht blind.

Jetzt können Sie Ihre Frage stellen!

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Das Kommando gebe ich schon, wenn hier Fragen gestellt und beantwortet werden! Ihre Redezeit ist jetzt abgelaufen, Herr Kollege.

Abg. **Tittmann** (DVU): Meine Redezeit schon, aber die im Parlament noch lange nicht. – Ich bedanke mich!

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Teiser.

Abg. **Teiser** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Antrag kann für dieses Parlament sicherlich nicht Anlass sein, sich in eine Auseinandersetzung mit jemandem zu begeben, der uns hier in relativ wirrer Form einen Geschichtsabriss von Jalta bis New York gegeben hat, bei dem man teilweise nicht mehr ganz nachvollziehen konnte,

*) Vom Redner nicht überprüft.

in welcher Zeitepoche er sich gerade befand und was er kommentieren wollte. (C)

Ich muss schon sagen, es bedarf auch einer weiten Auslegung der Geschäftsordnung, hier einen solchen Antrag überhaupt zuzulassen. Selbst wenn man formalrechtlich zu dem Ergebnis käme oder kommen muss, dass es noch zulässig ist, ist das, was in diesem Antrag sicherlich nicht behauptet wird, aber in versteckter Unterstellung vorhanden ist, eine Unverschämtheit und Maßlosigkeit, und das sage ich hier auch als CDU-Abgeordneter, gegen die jetzige Bundesregierung, die amerikanische Regierung und andere Beteiligte.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die versteckte Behauptung, die Amerikaner würden Kriegsverbrechen planen und diese würden dann von der Bundesregierung gedeckt, Massenvernichtungen würden eingesetzt werden und somit Millionen von Toten in Kauf genommen, lieber Herr Tittmann, das alles ist nicht Tatsache und entspricht nicht dem Verlauf dessen, was wir in den letzten Wochen zur Kenntnis nehmen mussten.

Selbst wenn Sie hier mehrfach die Opfer in den Vereinigten Staaten bedauern, sage ich Ihnen, klingt das nicht nur halbherzig, ich nehme Ihnen das auch nicht ganz ab, weil Sie das immer nur zum Einstieg dafür nehmen, um anschließend genau das zu tun, was Sie selbst als Begriff aufgegriffen haben, indem Sie nämlich den Begriff Hass mehrfach benutzt haben. (D)

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Terrorismus begründet sich immer auch auf Hass, und zwar auf Hass auf Einzelne, Gruppen, Systeme und Glaubensgemeinschaften. Das, was Sie mit der Formulierung eines solchen Antrages machen – und ich will nicht einmal so weit gehen zu behaupten, dass Ihnen das eigentlich wirklich bewusst ist –, ist auch eine Form des Hassschürens, das Sie hier betreiben, indem Sie Hass gegen politisch Verantwortliche in Deutschland und den Vereinigten Staaten schüren durch Ihre Unterstellungen, dass sie beabsichtigen und in Kauf nehmen würden, Kriegsverbrechen und Massenvernichtung durchzuführen. Ich kann und muss das hoffentlich nicht nur im Namen unserer Fraktion, sondern im Namen dieses Hauses und auch im Namen der politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA strikt zurückweisen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(A) Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Teiser, eigentlich habe ich von Ihnen auch nichts anderes erwartet. Wenn es auch kaum Sinn macht, von den verantwortlichen Politikern Verantwortungsbewusstsein im Sinne der Wahrnehmung deutscher Interessen zu fordern, für die Deutsche Volksunion ist jedenfalls klar, dass nicht Gewalt, sondern nur Gerechtigkeit zum Frieden führt. Das lehrt uns schon die Geschichte, von der aber viele von Ihnen offenbar keine Ahnung haben.

Meine Damen und Herren, ich kann nur bekräftigen, was in der „Nationalzeitung“, dessen Herausgeber Herr Dr. Frey ist,

(Zurufe von der CDU: Ah!)

jüngst zu lesen war, Herr Präsident, ich darf zitieren: „Man will nicht glauben, was sich in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig abspielt. Politiker wollen uns in Bombenstimmung bringen. Der gute und politisch korrekte Bundesbürger dieser Tage kann sein Lichterkettenkerzlein getrost entsorgen und den Aufstand der so genannten Anständigen abhaken.“ Hinzufügen möchte ich noch diesbezüglich: Seien Sie bei Ihrer verfehlten Politik bloß froh, dass bis jetzt noch kein wirklicher Aufstand der wirklichen Anständigen stattgefunden hat! Darüber können Sie bloß froh sein.

(B) Weiter heißt es in der „Nationalzeitung“: „Jetzt ist der Kampf gegen den Terror angesagt. Wir, also die Guten, an der Seite des Besseren aus Amerika! Wer jetzt nicht bei jeder eingeschlagenen US-Bombe jubelt, der gilt bereits als merkwürdiger Zeitgenosse. Jeder zweite Deutsche soll schon auf den neuen Kriegskurs eingetrimmt sein, behaupten Meinungsinstitute, um den Rest wollen sich Schröder und Fischer jetzt auch noch kümmern.“

Meine Damen und Herren, wir von der Deutschen Volksunion machen die Kriegsbegeisterung der Parteien nicht mit. Wir wehren uns entschlossen gegen eine vasallenhafte Unterwürfigkeit nach dem Motto: George W. Bush befiehl, wir folgen dir, wenn es sein muss, auch bis in den Tod!

Meine Damen und Herren, der Beitrag des SPD-Kanzlers Schröder zur Bewältigung des Terrors beschränkt sich auf die gebetsmühlartige Versicherung der uneingeschränkten Solidarität mit den USA. Nach der weitergehenden Übertragung deutscher Souveränität an die Brüsseler EU-Bürokratie hat der Bundeskanzler damit den Rest deutscher Entscheidungsfreiheit auch noch aus der Hand gegeben, so dass man sich fragen muss, zu was er und seine rot-grüne Regierung denn überhaupt noch notwendig sind. Angesichts des kriegspropagandistischen Kurses zugunsten der USA kann man nur sagen: armes Deutschland!

Eines noch! Herr Teiser, nicht jeder, der in der jetzigen Zeit gegen Krieg und Terror ist und diesen amerikanischen Kriegsaktionen nicht entzückt zustimmt und Hurra schreit, ist automatisch auch gleichzeitig ein Terrorist.

(C)

Ein deutliches Wort noch zu Bündnis 90/Die Grünen! Meine Damen und Herren, es gibt keinen humanitären Krieg. Es wird auch in Zukunft keinen humanitären Krieg geben, denn ein Krieg ist niemals humanitär. Ihre grüne Basis hat das anscheinend ja begriffen, nur Ihre politisch Verantwortlichen haben das aus einem reinen politischen Selbsterhaltungstrieb immer noch nicht begriffen, denn eines ist doch klar: Wenn mit Tausenden von Bomben flächendeckend jetzt schon wochenlang die Bevölkerung Afghanistans bombardiert wird, so liegt doch klar auf der Hand, dass dabei Tausende unschuldiger Menschen, Frauen und Kinder, ermordet werden, die selbst jahrelang unter dem Taliban-Regime unendlich gelitten haben.

Meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, wenn Sie das einen humanitären Krieg nennen, wie er ja oft von den verantwortlichen Politikern vom Bündnis 90/Die Grünen bezeichnet wurde, dann bin ich wirklich froh, dass ich kein Mitglied vom Bündnis 90/Die Grünen bin!

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir auch! Das beruht auf Gegenseitigkeit!)

(D)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 15/851 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Tagesordnung.

Ich schließe die 46. Sitzung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) und wünsche Ihnen noch einen arbeitsreichen Tag.

(Schluss der Sitzung 13.29 Uhr)